

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen, kostet für Grandenzer in der Expedition, Marienwerderstraße 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten vierteljährlich voranzahlbar 1,50 Mk., einzelne Nummern 15 Pf.

Verantwortlich für den redaktionellen Theil: Paul Fischer, für den Anzeigen- und Anzeigenheft: Albert Broschke, beide in Grandenzer.
Druck und Verlag von Gustav Röske in Grandenzer.



Anzeigen nehmen an: Briefen: P. Gonschowski. Bromberg: Gruenauer'sche Buchdr. Dr. Eplau: D. Bartsch. Gollub: Stadtkämmerer D. Kasten. Rautenburg: M. Jung. Giebelsch. Opr.: C. Kühn. Marienwerder: R. Kanter. Kotel: J. Geyssohn. Neidenburg: S. Rev. Neumarkt: J. Köpke. Osterode: P. Minning's Buchdr. G. Albrecht's Buchdr. Niesenburg: Fr. Med. Rosenberg: Siegfried Roser. Strasburg: A. Juchacz.
Anzeigen die gewöhnliche Zeitschrift 15 Pf., Privatanzeigen aus dem Regierungsbezirk Marienwerder 18 Pf.

Die Expedition des Gefelligen besorgt Anzeigen an alle anderen Zeitungen zu Originalpreisen ohne Porto- oder Spesenberechnung.

Zur Lage.

Der große Umfang und die Vielseitigkeit der dem Abgeordnetenhaus zugegangenen Reformgesetzentwürfe haben es naturgemäß erschwert, sich in den wenigen Tagen ein einigermaßen klares Bild von der „Güte“ dieser Vorlagen zu machen.

Heute, Donnerstag, beginnen wieder die Beratungen des Abgeordnetenhauses und zwar stehen auf der Tagesordnung die Einkommensteuer- und die Erbschaftsteuer-Vorlage. Da, auf eine Anregung des Abg. Richter in der Sitzung vom 13. November, bei der ersten Beratung der Einkommensteuervorlage es den Volksvertretern gestattet ist, auch die übrigen Vorlagen — Landgemeinde-Ordnung, Volksschulgesetz, Gewerbesteuer — zu „berühren“, da ferner der Ministerpräsident in seiner Einführungsansprache in Aussicht gestellt hat, daß der Ressortminister, also in diesem Falle zunächst Finanzminister Miquel, das Wort ergreifen wird zur Begründung des Einkommensteuergesetzes, so wird vermuthlich manches für und wider schon heute ausgesprochen werden.

Es ist bemerkenswerth, daß eine gänzlich ablehnende Stellung zu den Vorlagen keine einzige Partei eingenommen hat; selbst die Blätter der äußersten Linken nicht, ja die „Volksgg.“ und die „Frankf. Bzg.“ haben sogar — bei verschiedenen Ausstellungen im Einzelnen — mit großer Entscheidung für den Hauptinhalt der Reformen Partei ergriffen. Eine Ausnahmestellung nimmt die „Freis. Bzg.“ ein, die an fast allen Entwürfen kaum ein gutes Haar gelassen hat.

Betreffs der Einkommensteuer-Vorlage äußert das Richter'sche Blatt:

„Vom bloßen Parteilandpunkt aus könnten wir fast wünschen, daß das neue Einkommensteuergesetz so angenommen würde, wie es eingebracht ist. Wir sind sehr überzeugt, daß alsdann von denjenigen Parteien, welche einem solchen Gesetz zustimmen, bei den nächsten Landtagswahlen nicht viel übrig bleiben wird, sofern die Steuerzahler dieses Gesetz vorher praktisch kennen gelernt haben.“

Das Blatt schreibt ferner und hier scheint es nicht bloß die Meinung des Herrn Eugen Richter zu vertreten:

„Innerhalb der deutsch-freisinnigen Partei besteht keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß ein neues Einkommensteuergesetz unannehmbar ist, ohne das Recht der Quotisation, d. h. der jährlichen Bewilligung des Gesamtbetrages der Klassen- und Einkommensteuer.“

Die andere freisinnige Presse bemängelt zwar die Deklarationspflicht, die Entschädigung der früheren Reichsumittelbaren u. A. aber stellt sich sonst weniger gegen die Reform.

Einige positive Vorschläge des Abg. Eugen Richter sind durchaus von allgemeinem liberalen Standpunkte beachtenswerth. z. B. meint die „Freis. Bzg.“, daß die Arbeits-einkommen von 4200 Mk. und höher zu schaff wegkommen. Wenn eine Einkommensteuer gerecht wäre — heißt es da — so müßte man für Aerzte, Rechtsanwälte, Schriftsteller, Künstler, Privatbeamte in Abzug bringen Zins- und Amortisationsquote für das bis zur Erlangung eines selbstständigen Einkommens aufgewandte große Ausbildungs-Kapital. Gerade die Angehörigen dieser Klasse gehen ihres Arbeitseinkommens auch weit früher als die Lohnarbeiter ganz oder theilweise verlustig, wenn die Schaffenstrafe erlahmt. Im Gegentheil zu den Beamten haben Privatbeamte keinen Pensionsanspruch auch keinen Anspruch auf Versorgung der Hinterbliebenen. Um diese Klasse den Beamten bei der Einkommenbesteuerung gleich zu stellen, müßte man dem Einkommen aller solcher Privatpersonen einen Betrag abziehen entsprechend dem Wert der Berechtigung der Beamten auf Pension und Versorgung der Hinterbliebenen. Davon ist in dem neuen Einkommensteuervorschlag nicht die Rede.“

Änderungen des vorgeschlagenen Tarifs, namentlich für die kleineren und mittleren Einkommen, zur wirksameren Entlastung der ersten und zur Schonung der letzteren bei höherer Einkünfte, werden fast allseitig für notwendig gehalten. Dieser Ansicht ist auch die Herr Miquel nahestehende „National-Zeitung“. Die Geldmittel für jene Abänderung sind reichlich von dem Mehrertrag aus dem großen Einkommen zu erwarten.

Die Meinung und die Stimmung im Centrum über den Steuergesetzentwurf ist, wie die „Germania“ schreibt, dahin zusammenzufassen, daß trotz ernstlicher Bedenken in manchen Einzelheiten doch der Wunsch besteht, über das Gesetz zu einer Verständigung zu gelangen.“

Das Centrum wendet im Uebrigen sich vor Allem gegen das Schulgesetz, und zwar aus daß gegen den Kultusminister Gölzer und in der Hoffnung, auf anderem Boden, wie z. B. in der Jesuiten-Frage, Zugeständnisse zu erhalten. Die Hochkonservativen sind am Meisten von der Landgemeindeordnung verknüpft. Die Auffassung der konservativen Partei über die Einkommensteuer liegt in einem Leitartikel der „Kreuz-Zeitung“ wiedergegeben zu sein, in welchem es ungefähr heißt:

„Mit dem Grundgedanken des Entwurfs — Verschmelzung der Klassen mit der Einkommensteuer, Deklarationspflicht und Veranlagung ist die konservative Partei einverstanden. Der nationalliberale Finanzminister Dr. Miquel lehnt jede Steigerung der Steuerhöhe über 3 pSt. hinaus mit der Begründung ab, daß Kapital dann „auswandern“. Er hat aber doch in Frankfurt a. M., wo eine nicht unerheblich höher steigende Kommunal-Einkommensteuer bestand, wohl kaum etwas von einer Auswanderung der jüdischen Großkapitalisten gemerkt, und sicherlich wäre es für diese sehr viel leichter, die Stadt als den Staat zu verlassen. Die ängstliche Sorge um die Auswanderungsgelüste der Großkapitalisten theilt nun die konservative Partei durch aus nicht. Die Konservativen halten eine Progression der Steuer nach oben, bis zu 5 Prozent, für durchaus geboten und vernünftig

eine Kapitalrentensteuer, für welche die Erbschaftsteuer keinen Ersatz bieten. Unter solchen Verhältnissen ist es nur begreiflich, daß die Konservativen diese in der Erbschaftsteuer angelegte versuchte Form des Ausgleichs zwischen Personal- und Ertragssteuer einfach ablehnen. Der bisherige Zustand, wie der neue, durch die jetzige Vorlage zu schaffende, den Grundbesitz und das Gewerbe fernerhin der Doppelbesteuerung unterwerfen, ja ihnen in der Erbschaftsteuer eine neue Belastung auflegen, dem mobilen Kapital aber seine wirklich lange genug genossenen Vorrechte gönnen will, ist für uns Konservativen länger nicht ertragbar, sagen sie. Sie sind der Meinung, daß das mobile Kapital sich der Erbschaftsteuer der Ehegatten und Kinder durch mündliche Schenkung unter den Lebenden mit Leichtigkeit werde entziehen können, während dies beim Grundbesitz nicht der Fall sei.

Der Entwurf der Erbschaftsteuer schlägt, wie wir dazu wiederholen wollen, als Steuerhöhe vor: 1/2 Proz., wenn die Erbschaft an Ehegatten und direkte Abstammlinge, Kinder, fällt; 1 Proz., wenn dieselbe anderen Verwandten z. z. Theil wird. Frei von Erbschaftsteuer sind bei Verwandten Hausrath z. c. und Beträge unter 1000 Mk., bei anderen Personen Beträge unter 150 Mk.

Diese Erbschaftsteuer scheint die wenigste Aussicht zu haben, durchzuführen. Die Gewerbesteuer scheint am meisten gesichert zu sein. Hier ist die Reformbedürftigkeit der bisherigen Gesetzgebung ganz unbestritten, die Nichtigkeit der vorgeschlagenen Neuordnung einleuchtend.

Auch gegen die dem Abgeordnetenhaus vorgeschlagenen Änderungen des Preussischen Ueberweisungs-Gesetzes machen sich Bedenken geltend. Es sollen, wie bereits mitgeteilt ist, je 10 Millionen Mark aus den nach der lex Huene den Kreisen zu überweisenden Summen während 1890/91 und 1891/92 zu Schulbauten verwendet werden. Nach der lex Huene werden die Ueberschüsse der Reichs-Geldbezölle den Kreisen nach der von ihnen gezahlten Grund- und Gebäudesteuer und ihrer Bevölkerungsziffer zugewiesen; diese sollen nun um je 10 Millionen verringert werden zu Gunsten eines lediglich zur Verfügung des Unterrichtsministers stehenden Dispositionsfonds zu Schulbauten. Alle Kreise wissen also, daß sie weniger erhalten, als ihnen nach dem Gesetze zusteht, keiner weiß aber, wie viel ihm davon wieder an Unterhaltungen von Schulbauten zu Gute kommt. Schon allein dieser Umstand erweckt dem Vorschlage viele Gegner. Dazu kommt, daß es doch ein merkwürdiges Aussehen ist, binnen zwei Jahren dem Minister einen Dispositionsfonds von 20 Millionen zu bewilligen, auf dessen Verwendung der Landtag gar keinen Einfluß hat. Die Volksvertretung ist dazu da, daß sie das Bewilligungsrecht und genaue Kontrolle über solche große Summen ausübt. Es wird nun gegenüber der Regierungsvorlage vorgeschlagen, daß ein bestimmter Prozentsatz, etwa 25 bis 40 Prozent der überweisenden Summen von den Kreisen zu Schulbauten in den beiden Jahren verwandt werden muß. Dadurch wird, so meint man, wenigstens der einzelne Kreis in seinen Bezügen nicht beschränkt, sondern letztere würden nur in ihrer Verwendung gesetzlich festgelegt.

Die in Wien tagende österreichisch-ungarische Zoll-Konferenz hat am Dienstag ihre Verhandlung beendet. Wie die Wiener „Presse“ vernimmt, wurden alle Fragen, welche sich auf die in Aussicht genommenen Verhandlungen mit Deutschland beziehen, eingehend erörtert und eine Verständigung hierüber wurde erzielt.

Aus dieser kurzen Mittheilung läßt sich freilich über die Art eines handelspolitischen Ueber-einkommens zwischen Deutschland und Oesterreich nichts erfahren. Wie die „Nordd. Allg. Bzg.“ erzählt, ist es noch in keiner Weise beschlossene Sache, daß zur Herbeiführung einer solchen Einigung eine Herabsetzung der deutschen Getreidezölle bewilligt werden soll. Wenn aber eine Herabsetzung unserer Getreidezölle in beschränktem Maße in Frage stehen sollte — schreibt das Regierungsblatt weiter — so darf bei Beurtheilung einer solchen Maßregel nicht außer Acht gelassen werden, daß die letzte Festsetzung unserer Getreidezölle unter der Geltung und den Wirkungen eines ganz anderen Rubellurses erfolgte, als derselbe heute vorliegt. Es würde daher die Frage zu beantworten sein, ob nicht im Steigen des Rubellurses eine Verstärkung des für unsere Landwirtschaft notwendigen Schutzes von solchem Umfange liegt, daß die bei sehr niedrigem Stande des Rubellurses als erforderlich erachtete Höhe des Zollfußes für Getreide aufgegeben werden kann, ohne damit das gewollte Maß des Schutzes unter die Grenze des notwendigen herabzurücken.

Daß etwa der Rücktritt des Landwirtschafts-Ministers Lucius eine wirtschaftspolitische Umkehr bedeute, dagegen legt sich die „Norddeutsche“ entschieden ins Zeug, und das Blatt scheint auch nicht so unrecht zu haben, wenn es sich einigermaßen über Berliner Blätter lustig macht, welche in dem neuen Landwirtschaftsminister von Heyden eine „antiagrarische Ader“ einen verkappten Freihändler entdecken. Der bisherige Frankfurter Regierungspräsident gehört nämlich einer hochangesehenen Familie des Großgrundbesitzes an, ist selbst begütert und hat einen Bezirk verwaltet, in welchem die landwirtschaftlichen Interessen allen anderen vorangehen und dementsprechend gepflegt werden.

Die Stellung, welche der preussische Landwirtschaftsminister gegenüber den schwebenden Fragen der Erleichterung der Vieheinfuhrverbote und der Ermäßigung der Getreidezölle einnehmen wird, kennt man in keiner Beziehung, obwohl derselbe mehr denn ein Jahrzehnt dem preussischen Abgeordnetenhaus angehört hat.

Fast Tag für Tag sieht sich hier Viebknecht genöthigt, in seinem „Volkblatt“ die verschiedenen und zahlreichen Fragen nach der Gestaltung des sozialdemokratischen Zukunftsstaates als angeblich unberechtigte und unverständige zurückzuweisen. Nach seinen neuesten Andeutungen wird sich in dem einstigen Zukunftsstaate eine besondere sozialdemokratische Moral, Vaterlandsliebe, Religion u. dergl. m. ungewisslich von selbst entwickeln. Im Uebrigen sagt er den neugierigen Frager mit schlecht verhehltem Unbehagen: Mit demselben Rechte und derselben Vernunft könnte man von jeder Hausfrau, die in eine bessere Wohnung einzieht, verlangen, daß sie vorher erst ein Examen darüber ablegt, wie sie sich die Zukunftswohnung einrichten will! Schließlich versichert Herr Viebknecht: „Sedenfalls wollen wir uns den Kopf unserer Kinder nicht zerbrechen. Sie werden sich den Zukunftsstaat schon so zu gestalten wissen, wie es ihnen gefällt, und sie werden nach ihrer Fagon fertig werden.“

Das lebende Geschlecht wird also den sozialdemokratischen Zukunftsstaat wohl nicht erblicken.

Die Ermordung des russischen Generals Seliverstoff in Paris erregt in Frankreich sowohl wie in Rußland berechtigtes Aufsehen. Seliverstoff, der früher Jahre lang der russischen Geheimpolizei angehört und sogar eine Zeit lang Chef der berichtigten „dritten Abtheilung“ war, hielt sich seit 12 Tagen — angeblich nur einer ärztlichen Konsultation wegen — in Paris auf. Die bis jetzt stattgehabten Ermittlungen über die Ermordung des Generals führen zu der Annahme, daß die Mihilisten dem Verbrechen nicht fern stehen. Die Nachrichten aus Paris lauten sämtlich noch „dunkel“ und sind zum Theil ganz unklar.

Ein Polizeikommissar hat in der Wohnung des Generals einen Brief gefunden, welcher dem Mörder die Gelegenheit gab, sich bei demselben Eintritt zu verschaffen. Die Ermordung durch einen Revolverbeschuss geschah, wie angenommen wird, während Seliverstoff eine Adresse schrieb. Der gefundene Brief enthielt eine Einladung zu einem Ball, welchen das Haus Bernoff geben wollte. Dieses bestätigt auch, daß es einen seiner Bediensteten, einen Polen aus Russisch-Polen, namens Padlinsky, mit der Einladung zu dem General gesandt habe. Padlinsky, der erst seit einigen Tagen in dem Hause Bernoff beschäftigt war, ist seit der Entdeckung des Mordes verschwunden. Zwei Russen, welche in der neulich entdeckten Fabrikation von Bomben verwickelt waren und mit dem muthmaßlichen Mörder im Verkehr gestanden haben, sind bereits verhaftet worden.

Der Zusammenbruch des Hauses Baring Brothers u. Co. in London ist durch eine Gesellschaft der hervorragendsten englischen Kaufleute verhindert und vornehmlich die englische Geschäftswelt vor einer Katastrophe bewahrt, die in der Handelswelt einzig dastünde hätte. Baring Brothers u. Co. waren wohl das größte Bankhaus der Welt; ihr Papier war so gut wie das der Bank von England und ihr jährlicher Gewinn ward auf eine Million Pfd. Sterl. (20 Mill. Mark) geschätzt. Vermuthlich wird wohl niemals ein anderes Haus eine solche Weltstellung wieder einnehmen. Daß das Haus sich nicht damit begnügte, darin lag die erste Ursache seiner jetzigen Bedrängnis. Die Gebrüder Baring stützten dadurch, daß sie in fast wahnwitziger Weise auswärtige Finanzgeschäfte übernahmen, besonders in Argentinien und Uruguay; und die politischen Verhältnisse in diesen südamerikanischen Ländern lehnten sich zu ihren Ungunsten.

Auf Anregung des Vorstehers der Bank von England kam es wie erwähnt, zur Bildung eines Garantiefonds und zwar auf drei Jahre, welcher die Abwicklung des Hauses in Ruhe gestattete. Die Activa der Firma würden sich auf ungefähr 4 Millionen Pfund Sterl. belaufen, wenn alle jetzt feststehenden Beträge sich flüssig machen ließen. Mit dem Reichthum des Hauses, welchem u. a. die Lords Revelstok und Northbrook, der ehemalige Vizekönig von Indien, angehören, ist es aber jetzt vorbei.

Berlin, 19. November.

Dem neuvermählten Paare, Prinzessin Viktoria und Prinzen Adolf zu Schaumburg-Lippe, bringt das deutsche Volk seine Glückwünsche dar. Aus Anlaß der Trauung prangte Berlin, besonders die Friedrichstadt, am Mittwoch in reichem Flaggen Schmuck und Tausende von Schaulustigen hatten sich in der Nähe des Schlosses eingefunden, um die Auffahrten der Galatutischen bewundern zu können.

Die kirchliche Trauung erfolgte um 5 1/2 Uhr Nachmittags in der Schloßkapelle. Den Glanzpunkt dieses Raumes bildet der Altar, der im Anschluß an altchristliche Vorbilder als vierfüßiger Ciborium-Altar mit antikem Giebelgebälk gestaltet ist, und zu dessen Säulen kostbarer, goldgelber, ägyptischer Marmor verwendet ist. Das an der Rückwand des Altars befindliche Kreuz, welches aus Gesteinen zusammengefaßt ist, soll einen Werth von 1 1/2 Millionen Mk. darstellen. Der Altar war zu der Feierlichkeit reich mit Blumen geschmückt, welche von der Königin Viktoria aus England hergeschickt sind. Der vor dem Altar ausgebreitete Teppich ist von der Kaiserin Friedrich selbst gestickt. Auf diesem Teppich stand der Sarg Kaiser Friedrichs, auf demselben sind sämtliche Kinder des edlen Dulders konfirmirt und auch der jetzige Kaiser, Prinz Heinrich, sowie die Prinzessinnen Charlotte und Sophie getraut worden. — Die Trauung vollzog Konfessorialrath Dryander; seiner Predigt lag der Spruch zu Grunde: „Sehe hin, du bist gesegnet.“ Gesänge des Domchors begleiteten und schlossen die Feier. Danach folgte Galatut im weißen Saale des Königl.

Schloß. Das Brautpaar saß zwischen dem Kaiser und der Kaiserin Friedrich, die Kaiserin Auguste nahm an der Tafel nicht Theil. Der Kaiser brachte das Wohl des Brautpaares aus. Er wies auf den Kaiser Friedrich hin, dem es nicht vergünst war, diesen Tag zu erleben. Das Brautpaar möge fest auf ihn, seinen Schutz und seine Freundschaft für das neue Glied des Königs Hauses vertrauen. Darauf folgte „Gerechte“, an welchem alle Vot-schaffter und hohen Würdenträger theilnahmen.

Prinz und Prinzessin von Schaumburg-Lippe werden nach ihrer Vermählung während einiger Tage diejenigen Gemächer des Potsdamer Stadtschlosses beziehen, welche unser Kaiserpaar als Prinz und Prinzessin Wilhelm acht Jahre lang bewohnt hat. Am Donnerstag findet bei den Neu-vermählten ein Festmahl, am Freitag, im Marmoraal des Potsdamer Stadtschlosses, zum Geburtstage der Kaiserin Friedrich eine Brantafel von 450 Gedecken statt.

Die Abendafel am Dienstag der Kaiserin Fried- rich hatte im Gegensatz zu der am Montag in der Bild- galerie abgehaltenen einen völlig intimen Charakter. Die Braut trug ein graues Kleid mit langhinführender Schleppe. Auf seinem matten Grunde leuchteten zierliche Rosen, Aehren und Feldblumen in silberner, erhöhter Stickerei. Ueber das rosafarbene Nieder zog sich ein Brillantband, dessen Steine zu Blättern und Blüten zusammengefaßt waren. Die Prin- zessin hatte den Eulien-, den Victoria- und Albert-Orden, sowie die Erinnerungsmedaillen an weiland Kaiser Friedrich III. und Wilhelm I. angelegt. Als Schmuck trug die Braut das Hochzeitsgeschloß ihrer Schwiegereltern, um das Haupt einen Kranz von Diamantrosen und Blättern, ein Collier von Brillanten um den Hals. In Ehren der Tochter des Hauses, für die diese Tafel das Abschiedsmahl war, war die Tafel gar prächtig gerüstet mit großen silbernen Kandelabern, mit Aufhängen und Blumenstrahlen in graziösen silbernen Behäl- tern eine wahrhafte Brantafel, der nur die Musik fehlte. Deren Klänge sind für das Palais der Kaiserin Friedrich dahin.

Der italienische Votischaffter, Graf Lamarmora, der am Dien- stag von der Kaiserin Friedrich empfangen wurde, war beauf- tragt, die Glückwünsche des Königs und der Königin von Italien zu überbringen, die von einem kostbaren Armband mit einem großen von Brillanten umgebenen Smaragden be- gleitet waren.

Reichskanzler Caprivi giebt künftigen Montag ein parlamentarisches Mahl; es heißt, der Kaiser beabsichtige auch demselben beizuwohnen.

Die diesen Donnerstag erscheinende Nr. 47 der Deut- schen Medizinischen Wochenschrift (Verlag von Thieme in Berlin u. Leipzig) wird Artikel von Geheimrath v. Berg- mann, Geheimrath Fränkel, Oberstabsarzt Dr. Köhler, Dr. William Kohn bringen, welche nach den von denselben an einem großen Krankheitsmaterial angestellten Versuchen mit dem neuen Heilmittel Robert Koch's die Mittheilungen des letzteren voll bestätigen.

Die Nachricht, daß in den nächsten Tagen die Veröffent- lichung der Zusammenfassung des Heilmittels erfolgen werde, ist, wie uns aus Berlin berichtet wird, vollständig aus der Luft gegriffen.

Auch der Impfsproffessor Pasteur hat dem Geheimrath Koch seine Glückwünsche telegraphisch ausgedrückt.

Nach den Beschlüssen des Rottke-Komitees wird die Rottke zum 90. Geburtstag von den deutschen Städten über- reicht vorläufige Adresse in monumentaler Weise als Bronze- tafel mit eingegrabenem Text hergestellt und an einem von Rottke zu bestimmenden Orte angebracht werden. Gleichzeitig soll dem Feldmarschall ein Aufbaumarschall, enthaltend 27 lederne Mappen mit den Unterschriften der städtischen Vertreter Deutschlands, überreicht werden.

Die Erklärung Leipziger Professoren zu Gunsten der Realschul-Vorbildung für das Studium der Medizin und Naturwissenschaften haben jetzt 407 Fachmänner (darunter 58 Professoren und Privatdozenten der Berliner Universität) unterzeichnet.

In Louisaenthal bei Saarbrücken ist ein Fischer wegen Landesverrats verhaftet worden. Er soll der franzö- sischen Regierung das Gewehr-Modell 88 verkauft haben.

Die Generaldirektion der bayerischen Staats- eisenbahnen hat mit Genehmigung des Ministeriums des Aeußern der Tarifkommission der Verwaltung deutscher Eisen- bahnen die Annahme von Einheitsfähren für ganz Deutschland in Vorschlag gebracht. Nach der „Münchener Allg. Ztg.“ sind die Sätze in folgender Weise festgestellt worden:

	1. Klasse	2. Klasse	3. Klasse
Schnellzüge	7	4,5	3 Pf.
Personenzüge	6	3,5	2 Pf.

Ermäßigte Retour-, Rundreise-, Abonnements-, Bade- stlette und dergl. wurden für die Folge in Wegfall kommen. Für die bayerischen Staatsbahnen ergibt sich bei Ver- gleichung des bestehenden mit dem vorgeschlagenen Tarife eine Preisermäßigung, die für die dritte Klasse zwischen 41 und 20 pSt., für die zweite Klasse zwischen 34 und 12 pSt., für die erste Klasse zwischen 23 und 9 1/2 pSt. schwankt. Der preussische Eisenbahn-Minister hat Einheitsfähren 6, 4 und 2 Pf. für 1., 2. und 3. Klasse mit einer Schnellzugserhöhung von 1 Pf. für alle Klassen in Aussicht genommen. Der bayerische Vorschlag stimmt mit dem Plane des preussischen Eisen- bahnaministers für die erste und dritte Klasse überein, während der bayerische Vorschlag für die zweite Klasse einen niedrigeren Satz als Preußen annimmt.

Die Arbeiterschulskommission des Reichstages brachte in ihrer letzten Sitzung, wie bereits telegraphisch berichtet worden ist, den überaus wichtigen § 125, welcher von der Bestrafung des Kontraktbruchs handelt, zur Erledigung. Derselbe wurde im Allgemeinen nach den Vorschlägen der verbündeten Regierungen angenommen. Während die Vorschläge der letzteren jedoch dahin gingen, daß bei vertragswidrigem Verlassen der Arbeit der Arbeitgeber einen Schadenersatz für jeden Tag bis zu sechs Wochen in Höhe des ortsüblichen Tagelohnes fordern kann, wurde nunmehr bestimmt, daß dieser Betrag nur für höchstens 6 Tage einzufordern sei. Zu dem § 125 war u. A. auch ein Antrag vom Abgeordneten Betoch (Centr.) gestellt, nach welchem eine gezielte Vorchrift dahin verlangt wurde, daß es den Arbeitgebern gestattet werden soll, zur Sicherung des Schadenersatzes aus dem Ver- tragsbruch Theile des Lohnes einzubehalten. Außerdem wurde darin Bestimmung getroffen über die Höhe und Anlage dieser Lohninbehaltungen, sowie über die schließliche Einziehung der- selben. Ueber diesen Antrag erhob sich eine lebhafteste Erörterung. Derselbe ergab, daß eine Mehrheit der Kommission von 15 gegen 10 Stimmen für den ersten Theil dieses Antrages stimmte und ihn als § 125a in die Gewerbeordnungs-Novelle eingefügt sehen wollte. Für die übrigen Theile fand sich indessen eine Mehrheit nicht, und schließlich wurde der ganze Antrag abgelehnt. Es ist jedoch Aussicht vorhanden, daß in der zweiten Lesung ein An- trag, welcher nur den Grundsat der Lohninbehaltung von Seiten des Arbeitgebers anspricht, gestellt und auch angenommen werden wird. Vorläufig hat der § 125 folgende Fassung:

„Hat ein Geselle oder ein Gehilfe rechtswidrig die Arbeit verlassen, so kann der Arbeitgeber als Entschädigung für den Tag des Vertragsbruchs und jeden folgenden Tag der vertrags- mäßigen oder geschäftlichen Arbeitszeit, höchstens aber für sechs Tage, den Betrag des ortsüblichen Tagelohnes fordern. Diese Forderung ist an den Nachweis eines Schadens nicht gebunden. Durch die Geltendmachung derselben wird der Anspruch auf Aus- füllung des Vertrags und auf weiteren Schadenersatz aus- geschlossen. Dasselbe Recht steht dem Gesellen oder Gesellen gegen den Arbeitgeber zu, wenn er von diesem vor rechtmäßiger Beendigung des Arbeitsverhältnisses entlassen worden ist.“

(Allerlei.) Das neue Koch'sche Heilverfahren hat eine ge- steigerte Thätigkeit in einzelnen Industrien hervorgerufen, welche der medizinischen Wissenschaft dienen. Die Nachfrage nach dem Koch'schen Injektions-Sprayen mit welchen die Heilwirkung unter die Haut gespritzt wird, ist jetzt eine so ungeheure, daß ihr unter Anspannung aller in Betracht kommen- den Arbeitskräfte kaum genügt werden kann. Die leicht zerbrech- lichen Glas-Spritzen, deren Preis ein ziemlich hoher ist, können nur in Stück verfertigt und getragen werden, deren Tausend und abertausend im Handumdrehen gefertigt werden sollen, wozu es aber an einer ausreichenden Zahl von geübten Arbeitern fehlt.

Oesterreich-Ungarn. Bei der Beratung des Kultus- etats im ungarischen Abgeordnetenhaus rollte der Abgeordnete Frangi wieder die Milchfrage auf. Minister Szapary erwiderte darauf, die Regierung bereite Besetze zur Regelung des Eherechts vor. Den Erlaß wegen der Tausche von Kindern aus Milchgehen aber werde die Regierung unbe- dingt ausrecht erhalten. Der Kultusminister Csaky führte u. A. aus:

„Man spricht von Kulturkampf — ich bestreite, daß ein solcher möglich ist, Kulturkampf giebt es, wenn die Staats- gewalt mit der zivilisatorischen Vertretung der Kirche in Konflikt kommt. Nun hat die Konferenz der Bischöfe meine Verordnung durchführbar gefunden. (Große Heiterkeit.) Dagegen ist eine andere Erscheinung zu verzeichnen, welche ich als Katholik und als Ungar aus tiefster Seele beklage: daß eine Art Revolution der niederen Geistlichkeit gegen die Bischöfe. Wenn die niedere Geistlichkeit auf eigene Faust Politik macht, und sich gegen die Bischöfe auflehnt, so fordert sie das schärfste Urtheil heraus; aber wir werden dem sicherlich nicht weichen, ob man es auch irrthümlich Kulturkampf heißt.“

Dem Minister wurden nach seiner Rede von allen Seiten große Beifallskundgebungen dargebracht.

England. Die nach Amerika geflüchteten und noch ab- weisenden irischen Abgeordneten Dillon und O'Brien sowie 10 andere wegen Aufhebung der Pächter Mit-Angeklagte sind jetzt vom Gericht zu je 6 Monaten Gefängniß verurtheilt worden.

Frankreich. Die Armeekommission der Kammer hat den Gegenentwurf betreffend die Verprobantierung der bürger- lichen Bevölkerung der festen Plätze angenommen.

Italien. Der jetzt vorliegende Wortlaut der Wahlrede, welche Ministerpräsident Crispi in Turin gehalten hat, ent- hält das allgemein Interessante nur in wortreicherer Aus- führung, als gestern der Telegraph meldete. Crispi sprach hauptsächlich von der Besteuerung in Italien. Auch er sagte, die Lasten müßten gerechter vertheilt werden, der kleine Mann müsse weniger belastet werden.

Aus Spanien ist eine Art Jubiläumsfeier eines frühe- ren Kravalls zu melden. Gelegentlich des Jahrestages der Unruhen an der Madrider Universität im Jahre 1884 ver- anstaltete eine große Anzahl Studenten eine feierliche Kund- gebung vor dem Justizministerium und entwarfene die Polizeidiener, welche die Kundgebler mit der Waffe auf- halten wollten. Schließlich gingen die Studenten aussein- ander.

Rußland. Der russische Großfürst-Thronfolger hat am Mittwoch Abends verlassen und seine Reise nach Aegypten fort- gesetzt.

In Nordamerika wird ein Aufstand der Sioux-Indianer in dem Gebiete zwischen dem Missouri und dem Felsengebirge bestritten. Es sind Truppen ausgesandt worden, um die Indianer an der Grenze von Dakota in Schach zu halten.

Mittelamerika. Die Revolution in Honduras hat mit der Erziehung des Generals Sanchez und seiner Genossen gendert. General Bogran, der Präsident von Honduras, war am Donnerstag in Elmarischen auf die Hauptstadt Tegucigalpa marschirt und eröffnete dort auf die Kaiserin, in welcher sich die Aufständischen verschanzt hatten, das Feuer. Nach kurzer Kanonade waren die Mauer der Kaiserin voll- ständig zerstört, die Soldaten Bograns stürzten dieselbe, und bald waren alle Rebellen, welche noch am Leben waren, gefangen genommen. Ohne Kriegsgericht wurden Sanchez und die an der Revolution theilgenommen höheren Offiziere auf einen der Hauptplätze der Stadt gebracht und dort mit verbundenen Augen in einer Linie aufgestellt, in Anwesen- heit hunderter von Bürgern. Den zum Tode Bestimmten wurde eine kurze Frist zum Gebet gegeben, dann erfolgte der Befehl zum Feuern und eine Salve beendete die Revolution.

Aus der Provinz

Graudenz, den 20. November 1890.

Die Weichsel ist heute weiter auf 1,38 Meter ge- stiegen.

Das Westpreussische polnische Provinzial-Wahl- komitee fordert in einem Aufruf die Polen im Reichstags- Wahlkreise Schlochau-Platow auf, für den freisinnigen Kandidaten Reulrich-Konik zu stimmen. „Wichtige Gründe“, so heißt es in dem Aufruf, „sprechen dafür, daß die Polen diesmal nicht für einen eigenen Kandidaten, sondern für den sehr sympathischen und freundschaftlich gesinnten Herrn Reulrich stimmen.“

Seitens der künft. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg ist angeordnet worden, daß in jedem Eisenbahnzuge der erste Wagen hinter der Maschine unbesetzt bleiben soll, auch wenn es ein Per- sonenwagen ist. Bisher genigte es den Wagen einfach verschlossen zu halten; jetzt soll auch an den Wagen eine Tafel mit der Auf- schrift: „Schwunnen“ angebracht werden.

Zu Gunsten des Krankenhauses der Barmherzigkeit in Königsberg, in welchem zur Zeit 26 unbemittelte Kranke völlig freie Verpflegung genießen, wird am Todestag-Sonntag in allen evangelischen Kirchen Ost- und Westpreußens ein Kollekte ver- anstaltet werden.

Die dritte Vorlesung des Herrn Dr. Schneider über neuere deutsche Literatur“ behandelte Wilhelm Müller, den früh verstorbenen Dichter der viel gesungenen Lieder „Im Krug zum grünen Kranze“, „Am Brunnen vor dem Thore“ u. v. a. — Sein Lebensbild ist ein durchaus harmonisches. In angenehmer Stellung als Gymnasiallehrer und Bibliothekar in Dessau, ge-ehrt von seinem Fürsten und seinen Mitbürgern, geliebt von seinen Schülern, in glücklichen Familienverhältnissen, mit reichlicher Schaffenskraft begabt, lenkte er früh die Aufmerksamkeit seiner Zeitgenossen durch die Erzeugnisse seiner Muse auf sich. Aber als diese eben erstere Töne in den „Griechenliedern“ und „Epi-

grammen“ angeschlagen hatte, entriß der Tod dem 33jährigen Dichter seiner gesungenen Thätigkeit.

Der lustige, lebensfrohe Geselle blühte so manches schöne Wanderlied. Wer kennt nicht den Cyclus: „Die idylle Müllerin“, („Das Wandern ist des Müllers Lust.“ „Ich hör' ein Vöcklein rauschen“ u. i. v.) Ebenso gut gelangen ihm Trinit- und Liebes- lieder. Sonnige Heiterkeit und frische Lebensfreude leuchten aus seinen Naturliedern hervor. („Frühlingsbezug“, „Frühlingsmahl“ u. i. v.) Begeisterte Töne voll Schwung und Kraft entquollen dem Dichtermunde in den Liedern für Griechenlands Freiheit; tiefe Lebensauffassung zeigen die Epigramme. In allen Dichtungen Müllers tönt eine wohlklingende, dem Gesang sich leicht fügende Sprache, darum sind viele der Müller'schen Lieder bald komponirt und, weil sie den Empfindungen des Volkes entsprechen, auch schnell zu Volksliedern und somit unsterblich geworden. — Nicht minder bedeutend sind des Dichters prosaische Schriften; unter diesen haben kulturhistorischen Werth: „Korn, Römer und Römer- rinnen“. Als tüchtiger Philologe zeigt sich Müller in seiner „homerischen Vorlesung“.

Die nächste (vierte) Vorlesung wird sich mit den „schwa- bischen Dichtern“ und ihren Geistesverwandten beschäftigen.

Das junge Mädchen, welches sich im Stadtwalde mit Kar- bolfäure vergiftet hat, heißt, wie nunmehr ermittelt ist, Auguste Deuter und ist die Stieftochter eines Besitzers in Siedlitz. Aus welchem Grunde das junge Mädchen, welches mit einem Ver- löbten verlobt war, freiwillig aus dem Leben geschieden ist, weiß man nicht.

Der Kommandeur des Kaiserlichen Regiments Nr. 34 in Bromberg, Oberst v. Petersdorff, ist zum Generalmajor be- fördert worden.

Der Kommandeur der 5. Infanteriebrigade, Gen.-Major v. Hering, ist in Genehmigung seines Abschiedsgelübes als Generalleutnant zur Disposition gestellt.

Der Premier-Lieutenant Orlovius vom Grenadier Re- giment Nr. 5 ist zum Hauptmann und Kompagnie-Chef befördert worden.

Der Zahlmeister Aspirant Friß ist zum Zahlmeister beim 17. Armee-Korps ernannt worden.

Der Bankassistent Kofland ist zum ersten Vorstandsbe- amten und Bankredanten der Reichsbankstelle in Bromberg ernannt worden.

Dem Vordichter Schweizer in Elbing ist der Charakter als Landgerichts-Rath und den Amtsrathen Elbinger in Neu- stadt und v. Libonius in Marienburg der Charakter als Amts- gerichts-Rath verliehen worden.

Herr A. C. Grünwald in Jastrow hat auf eine Schran- kenfängerin mit Rippe an der federnd gebogenen Unterlagschleife und strahligen Rufen an der Mutter ein Reichspatent an- gemeldet. Herrn A. Schlander in Ostlo bei Bromberg ist auf eine Seitensattelung für Eisenbahnfahrzeuge, Herrn A. Schmidt in Osterode auf eine Hackelmaschine mit Ausdrückvorrichtung für die Vorhubschrauben, Herrn Banführer Alexander in Brom- berg auf eine Krafmaschine ein Reichspatent erteilt worden.

Aus der Provinz, 19. November. Vor einiger Zeit hat der Unterrichtsminister von den Regierungen Bericht über die in ihren Bezirken bestehenden freien Lehrervereine erfordern. Deshalb dürften einige Angaben über den gegenwärtigen Stand des Lehrervereinswesens in Westpreußen von Inter- esse sein. Wie in ganz Deutschland, so hat sich auch in unserer Provinz in den letzten Jahren das Vereinsleben der Lehrer be- deutend gehoben. Im Jahre 1880 zählte der westpreussische Pro- vincial-Lehrer-Verein 19 Ortsvereine mit 600 Mitgliedern, 1886 schon 39 Vereine mit 900 Mitgliedern, und in diesem Jahre hat er es auf 1860 Mitglieder in 81 Vereinen gebracht. Auf den Regierungsbezirk Marienwerder entfallen 43 Vereine mit 941 Mitgliedern, auf den Bezirk Danzig 38 Vereine mit 919 Mit- gliedern. Die stärkste Theilnahme an den freien Lehrervereinen haben im Regierungsbezirk Danzig die Kreise Marienburg, (7 Vereine mit 174 Mitgliedern), Stadt Danzig (160 Mitglieder), und Elbing (4 Vereine, 112 Mitglieder) aufzuweisen, die schwächste der Kreis Puck mit einem Verein und 11 Mitgliedern. In den andern Kreisen des Danziger Bezirks schwankt die Zahl der Ver- eine zwischen 2 und 6 und die der Mitglieder zwischen 41 und 80. Im Regierungsbezirk Marienwerder zeichnen sich die Kreise Rosenburg und Graudenz durch eine rege Vereinsthätigkeit der Lehrer aus. In Weiden giebt es 5 Vereine mit 108 bzw. 104 Mitgliedern. Ferner weisen auf die Kreise Schwiech und Kulm je 4 Vereine mit 93 und 88 Mitgliedern, Königs 2 mit 99, Flatow 6 mit 95, Ebbau 3 mit 62, Thorn 2 mit 62, Schlochau und Straßburg je 3 mit 56 bzw. 54 und Marienwerder 2 Vereine mit 42 Mitgliedern. Im Kreise Tuchel besteht kein Lehrer-Verein, in den Kreisen Briesen und Stuhm je einer. Interessant sind auch einige Angaben über das Alter dieser Vereine. Der älteste Verein Westpreußens ist der zu Schöndel, der schon 1826 ge- gründet wurde und jetzt unter dem Vorfige des KreisSchulinspek- tors Friedrich steht. Weiter wurden gegründet: 1834 die Vereine Stadt Danzig und Danziger Höhe, 1838 Röbbelgrube-Pröbberna, 1871 Elbing, 1873 Tiesenhof, 1874 Briesen, Fr. Stargard und Dirichau, 1875 Marienburg und 1879 Roppot-Düba. Der weit- aus größte Theil der jetzt vorhandenen Vereine ist seit 1888 ent- standen. Wie rege die Thätigkeit in denselben ist, zeigt der Jahres- bericht des Vorstandes des Provinzial-Lehrer-Vereins. Nach demselben hielten die 81 Vereine 1889/90 zusammen 655 Sitzungen ab, in denen über 434 Vorträge und 59 Unterrichtsproben verhandelt wurde.

Marienwerder, 18. November. (D. Z.) Wie früher ver- antwortet, hatte unser Reichstagsabgeordneter, der frühere Ober- bürgermeister, jetzige Geh. Finanzrath Müller f. B. die Mit- theilung hierher gelangen lassen, daß es ihm nicht mehr möglich sein werde, ein Reichstagsmandat anzunehmen. Inzwischen scheint Hr. Müller zu anderen Entschlüssen gekommen zu sein. Wenigstens wird er, wie man jetzt hört, zunächst nicht sein Mandat niederlegen, sondern die Entschädigung der Geschäftsordnungs-Kom- mission über die fernere Gültigkeit des Mandats abwarten.

Königs, 18. November. In Sachen der hiesigen Fort- bildungsschule wurde unlängst eine Versammlung der Inter- essenten abgehalten, in welcher u. a. über die Vervollständigung des Fortbildungsschulunterrichts auf zwei Tage der Woche berathen werden sollte. Ein großer Theil der anwesenden Meister gab aber seiner Unzufriedenheit mit der Einrichtung der Fortbildungs- schule so lebhaften Ausdruck, daß es zu keiner Beschlußfassung kommen konnte. Weil nun bei vielen Handwerksmeistern die Mei- nung Platz gegriffen hat, daß niemand sie zwingen könne, ihre Lehrlinge zum Besuch der Fortbildungsschule anzuhängen, so macht der Vorstand der hiesigen Handwerkskammer darauf aufmerksam, daß nach den Innungsstatuten jeder Meister verpflichtet ist, seinen Lehrlingen Zeit zum Besuche des Unterrichts zu gewähren; gleich- zeitig wies er darauf hin, daß von nun an an jedem Unterrichts- tage ein Vorstandsmitglied die Klassen besuchen wird, um die Namen der etwa fehlenden Lehrlinge festzustellen. Lehrlinge sollen dann gezwungen werden, nachzukommen, während gegen die Meister nach Maßgabe der Statuten mit Strafen vorgegangen werden soll. Ob durch diese Strenge ein regelmäßiger Besuch der Fort- bildungsschule erreicht werden wird, bleibt abzuwarten. — Die hiesigen Milchverkäufer haben bisher die Milch ohne Rücksicht auf die Jahreszeit stets zu demselben Preise, 10 Pf. das Liter ge- liefert. Jetzt aber haben sie, jedenfalls durch das Beispiel ihrer „Kollegen“ in andern Städten bewogen, den Preis auf 12 Pf. erhöht. Darob herrscht natürlich in den Kreisen der Konsumen- ten große Entrüstung.

Krojanke, 19. November. Auf unserem Bahnhof werden in jeder Woche etwa 180 Schweine zum Verkauf nach Berlin verladen. Der Centner Lebendgewicht kostet noch immer 45—48 Mark, und nach Ueberschüssen der Fleischer ist eine Preisrückgang vorläufig noch nicht zu erwarten.

Pelplin, 18. November. Auf einem zweispännigen Spagier- wagen lehrte gestern die Frau Gutsbesitzer Hader von einer Be-

Fachstelle heim, als plötzlich unter Gr. Watz aus einem Gebüsch ein Mann auf den Wagen sprang und mit einem starken Mittel dem Rutscher mehrere Schläge auf den Kopf versetzte. Bald darauf pochte in einem Beredner des Pfarrers Schulz aus Gr. Falkenau dieselbe Stelle. Nach diesem warf der Straßenräuber einen großen Stein, welcher glücklichweise nur den Wagen traf und abprallte. Dem Täter ist man bereits auf der Spur. Derselbe hatte die Absicht, an dem Gemeindevorsteher Fader eine Nachschat auszuführen und traf statt seiner den Rutscher. — Heute wurde der Pfarrverweser Rogacki auf die Pfarrei Wabeg im Defanat Gulin kirchlich eingesetzt. Die Verwaltung des Defanates Gornio-Bautenburg ist dem Pfarrer Ratt in Gornio übertragen worden.

Danzig, 19. November. Wie mitgeteilt, liegt es in der Absicht der Regierung, der Stadt die Markt-, Schul-, Gefinde-, Forst-, Feld- und Jagdpolizei zu übertragen. In der gestrigen Stadtkommunalversammlung wurde nun beschlossen, sich zunächst für oder gegen die Übertragung dieses Verwaltungszweigs nicht auszusprechen, weshalb die Übertragung der gesamten Wohlfahrts-polizei, insbesondere der Baupolizei zu fordern.

Die Thatsache, daß der frühere Landesdirector Dr. Wehr bereits vorbestraft ist, wird in folgender Weise erklärt: Als Wehr in Bonn studierte, fuhr er in Folge einer Wette dicht vor einem herankommenden Eisenbahnzuge über die Schienen und wurde für diese verwegene That mit 14 Tagen Gefängnis wegen fahrlässiger Gefährdung eines Eisenbahnverkehrs bestraft.

Posen, 18. November. In der letzten Kreisversammlung wurde Herr Landrat Dr. Albrecht zum Provinzial-Landtagsabgeordneten gewählt.

Maguit, 18. November. In diesem Jahre ist auf dem Memelstrom eine Menge russischer Hölzer verfrachtet worden, und noch jetzt ist der Strom stellenweise von Holztrassen dicht bedeckt. Die russischen Holzflößer besetzen sich, mit ihren Flößen in Sicherheit zu kommen, um nicht vom Winter ereilt zu werden, und wie in den letzten Jahren, dadurch großen Schaden zu erleiden. — Das im Jahre 1882 hieselbst begründete Schullehrerseminar hat sich bisher mit gemieteten Räumlichkeiten behelfen müssen, was zu verschiedenen Unzuträglichkeiten geführt und den Bau eines eigenen Seminargebäudes nöthig gemacht hat. Demnächst soll mit dem Bause begonnen werden.

Von der Statut-Bromberger Kreisgrenze, 18. Nov. Vor etwa vier Jahren wurde von dem früher Stroußberg'schen Dominium Lindenwald, jetzt dem Geheimen Kommerzienrath Freytag in Berlin gehörig, die Bildung einer Wasserversorgungsgesellschaft angeregt, welche auch zu Stande kam. Nachdem seit dem Frühjahr täglich etwa 500 Mann an den Entwässerungsgräben gearbeitet haben, lassen sich die durch dieses Unternehmen erwachsenden großen landwirtschaftlichen Vortheile erkennen. Große Brüche, die früher nur einen Morast bildeten, wurden nun entwässert und liefern ihrem Besitzer eine reiche Torfauflage. Daß ferner durch die Trockenlegung großer Wiesenflächen und tiefergelegener Ackerfelder mit viel Grundwasser die Heu-, Getreide- und Futtererträge bedeutend vermehrt werden, liegt auf der Hand. Dabei hat es die Regierung, welche das ganze dazu erforderliche Kapital vorstehend giebt, den Beteiligten sehr leicht gemacht, durch eine bei Landbesitzern übliche Abzahlungsweise die auf die einzelnen Grundstücke entfallenden nicht hohen Kostenanteile abzutragen. Der Hauptkanal beginnt in der Lindenwalder Begleitung, die allein mit einem Entwässerungsgebiet von 5000 Morgen betheilt ist, und mündet in den großen Slupowsee. Wie groß dieses Netz von Kanälen und Gräben ist, geht schon daraus hervor, daß allein die Nivellementsarbeiten etwa 16000 Mark Kosten verursacht haben.

Posen, 19. November. Die heute beendigte Neuwahl von 12 Stadtverordneten für Posen stand unter dem Zeichen der Oberbürgermeisterwahl. Das beweist die lebhafteste Theilnahme der Wähler aller drei Parteien, Polen und Deutsche und von diesen wieder Freisinnige und Kartellparteien, suchten eigene Kandidaten durchzubringen, um sich eventuell einen Einfluß auf die demnächstige Wahl des ersten Bürgermeisters zu sichern, für die Polen kommt aber noch ein zweites Interesse in Betracht. Es gilt durch die Abstimmung den Beweis zu liefern, daß die Polen politisch lebensfähig sind und sich der Einwirkung auf die kommunalen Angelegenheiten nicht begeben wollen. Darum hatten die Polen in sämtlichen Abtheilungen und Bezirken, auch in denen, die ihnen nach Lage der Verhältnisse nicht zufallen können, ihre Kandidaten denen der deutschen Parteien entgegengestellt. Geparatistisch für die Auffassung der Polen über die Wahlfähigkeit eines Kandidaten ist der Umstand, daß das polnische Wahlkomitee den bisherigen polnischen Stadtverordneten Dr. Jorna-towski nicht wieder aufgestellt hatte, weil derselbe der reformirten Kirche angehört. Hiernach scheint ein protestantischer Pole nicht das volle Vertrauen zu besitzen. Außerdem darf man in diesem Vorgehen ein Beispiel für die leidige Verquickung von Religion und Nationalität bei den Polen erblicken. Wie bei allen politischen Wahlen, hatten die Polen auch jetzt wieder ihren vorzüglich organisierten Wahlapparat in Thätigkeit gesetzt. Kontrollen mit Nebenlisten verfolgten die Abstimmung, um im entscheidenden Augenblicke die Stimmen durch Vertrauensmänner herbeizuführen zu lassen. Aus diesem Grunde erzielten die Polen denn auch eine Wahlbetheiligung von 70 bis 80 Prozent, während dieselbe bei den Deutschen höchstens 60 bis 65 Prozent erreichte. Verräthlich die gegenwärtige Stadtverordnetenwahl ferner dadurch, daß sie fast in allen Bezirken eine erhebliche Vermehrung der polnischen Wähler ergeben hat, ein unwiderlegbarer Beweis für den wirtschaftlichen Fortschritt der Polen in Posen. Die Wahl ist daher für die Polen im Ganzen günstig ausgefallen. Ein Pole ist endgiltig gewählt, und in drei Bezirken, der dritten und zweiten Abtheilung kommen die Polen mit dem Kartell, bezw. mit den Freisinnigen in die Stichwahl, aus der wahrscheinlich noch zwei Polen als Sieger hervorgehen werden. Endgiltig gewählt sind ferner zwei Freisinnige, ein Kartellkandidat und ein von allen deutschen Parteien aufgestellter Kandidat. Im Uebrigen macht das gesonderte Vorgehen der deutschen Parteien gegen die Polen und die rege Theilnahme der Wähler noch drei Stichwahlen zwischen den Kartellparteien und den Freisinnigen nöthig. Nach der Lage der Sache dürfte die Entscheidung bei den Kartellparteien liegen.

Westpreussische Provinzialsynode:

Dem (verspätet eingegangenen) Bericht unseres Herrn Korrespondenten über die letzte Sitzung entnehmen wir noch Folgendes: Der Heil- und Pflegeanstalt für Epileptische zu Carlshof, (irrtümlich in gestriger Nummer: Carlshöhe), ferner dem Provinzialverein für innere Mission, dem Diakonissenhaus zu Danzig, endlich dem Diakonissenhaus der Barmherzigkeit zu Königsberg, unter der Voraussetzung, daß die Provinzial-Synode für Ostpreußen auch ihrerseits die Genehmigung zur Abhaltung einer Kirchenkollekte für das Diakonissenhaus Danzig gestatet werde, wurde eine Kirchenkollekte bewilligt. Die Rheinische Provinzialsynode hatte der Westpreussischen das Ersuchen unterbreitet, sie möge an den Oberkirchenrath die Bitte richten, durch Verhandlungen mit den Behörden, insbesondere mit dem Minister der geistlichen Angelegenheiten, Vorkehrungen zu treffen, daß der Generalassynode ein ausreichendes Maß von Zeit für ihre Verhandlungen gewährt werde, damit sie in derselben Weise wie die Versammlungen der politischen Körperschaften unseres Landes mit der ihrem Zwecke und ihrer Würde entsprechenden Ruhe ihre Arbeit zum Heile unserer evangelischen Landeskirche vollenden könne.

Pfarrer Schmeling und Genossen erheben dieses! Ersuchen zu einem selbstständigen Antrag, der aber, nachdem Oberkonsistorialrath Schmidt darauf hingewiesen hatte, daß die Zusammenberufung und Schließung der Generalassynode ein gesetzliches Recht des Königs ist und der Bürgermeister Bender-Thorn es für

zweckmäßiger erachtete, der Generalassynode selbst es zu überlassen, einen solchen Antrag einzubringen, trotz der eifrigen Vertheidigung des Antragstellers und seiner Parteigenossen mit 28 gegen 26 Stimmen abgelehnt wurde.

Die der Provinzialsynode zur Verfügung stehende Kollekte von 14108,46 Mk. wurde auf Vorschlag der Finanzkommission auf folgende Kirchspiele vertheilt: Bogusken 500 Mk., Pangritz Kolonie 500 Mk., Sieradowitz 500 Mk., Obodowo 500 Mk., Grutichno 500 Mk., Goral 500 Mk., Spyniewo 500 Mk., Baiterssee 500 Mk., Neu-Bartoschin 800 Mk., Gr.-Schlielitz 1000 Mk., Eichsfelde 500 Mk., Wehman 500 Mk., Wehshof 500 Mk., Stegers 500 Mk., Pechlau 500 Mk., Willshof 500 Mk., Warlubien 500 Mk., Szwarczin 500 Mk., Friedrichsbruch 800 Mk., Pofendorf, 828,46 Mk., Gornio 1000 Mk., Smacin 1000 Mk., Neukrug 380 Mk., Schroh 300 Mk., Jwitz 500 Mk.

Schwurgericht in Graudenz.

Sitzung am 19. November.

1) Einest rechts frivolen Meinendes hat sich die Arbeiterfrau Heinrichs Kaminista geb. Kohn aus Sackrau schuldig gemacht. Die Angeklagte, welche mit einem Arbeiter in wilder Ehe lebte, hatte bei dem Besitzer H. in Sackrau eine Stube gemietet unter der Bedingung, daß sie dieselbe räumen müßte, falls die Stube anderweitig vermietet werden sollte. In demselben Hause bewohnte auch die Arbeiterwitwe Julie Bente geb. Konekhi, jetzt in Gr. Wola, eine kleine Stube. Als nun der Hansbesitzer im Mai in der von der Kaminista bewohnten Stube Reparaturen vornehmen wollte und deshalb der Mieterin die Mittheilung machte, daß sie die Stube räumen und ihre Sachen in die Kammer stellen sollte, war Beiden dies unangenehm und Beide stimmten mit Gewalt genöthigt werden sich zu fügen. Aus Mangel darüber welcher indessen keine Verurtheilung geschehen wurde. Nun strengte die Bente einen Zivilprozeß gegen H. wegen Wiedererstattung einiger ihr bei dem Umzuge verschwundener Sachen im Werthe von 42 Mark an. Natürlich waren in der Mittheilung an den von der Bente gewählten Rechtsanwalt Ueberziehungen enthalten; in einem Termine, den sie bei ihrem Vertreter hatte, sagte sie aus, daß H. und seine Leute das Bett so umgekippt hätten, daß sie es habe mitgefallen verlassen müssen, und zur Beträchtigung dieser Angabe trat nun die Angeklagte Kaminista auf. In einem vor dem Amtsgerichte am 5. Oktober v. J. abgehaltenen Termine machte die Zeugin denn auch die unglaublichen Aussagen. Obgleich sie bei dem ganzen Umzuge im Mai garnicht zugegen war, so sie in ihrer Entstellung sofort zum Amtsvorsteher gelaufen war, sagte sie aus, daß H. und die von ihm beauftragten Personen der Bente die Kissen unter dem Kopfe fortgerissen und das Bett so umgedreht hätten, daß die Bente zu Boden gefallen sei. Da diese Angabe sich als unwahr herausstellte, wurde die Kaminista verhaftet und unter Anklage gestellt. Schon am 26. Juni fand vor dem Schwurgerichte Termin an, es konnte indessen nicht verhandelt werden, da die Angeklagte in Krämpfe verfiel. Am 22. August kam es in der Sitzung, ein Geständnis abzulegen. Sie sagte dem Richter, daß die von ihr vor dem Amtsgerichte gemachte Aussage unwahr sei, daß aber die Bente sie zum Weine durch Ueberredung und Drohung verleitet hätte. Die Folge davon war, daß nun auch die Bente geständig eingezogen wurde. Wie an sich sehr wenig interessante Verhandlung endete damit, daß die Geschworenen die Schuldfrage bezüglich der Bente verneinten. Wegen der Kaminista wurde aber die Schuldfrage nach dem wesentlichen Meinde bejaht, und das Urtheil lautete auf zwei Jahre Zuchthaus und drei Jahre Ehrverlust, auch wurde der Kaminista die Fähigkeit abgesprochen, als Zeugin eidlich vernommen zu werden. Drei Monate der erlittenen Untersuchungshaft wurden in Anrechnung gebracht.

2) In nicht öffentlicher Sitzung wurde die Scharwerkerin Katharina Malinowska aus Wierich wegen Kindesmordes unter Bewilligung mildernder Umstände zu zwei Jahren und sechs Monaten Gefängnis verurtheilt. Auch dieser Angeklagten wurden drei Monate der verhängten Untersuchungshaft angerechnet.

Verchiedenes.

— [Ein Honorar von 1 Million Rubel] hat dieser Tage ein Advokat in Moskau erhalten, weil er die Ungültigkeitserklärung der Ehe des ohne Hinterlassung eines Testaments verstorbenen Altgräbenigen Marjara durch das Gericht bewirkte. Der Millionennachlaß des Letzteren ging danach nicht auf seine Frau und Kinder über, sondern auf seinen Bruder.

— In dem großen bekannten Schmutzkerprozess, der in Warschau gegen die Kaufleute Holzberg, Rittenberg und Jodel Rajan geführt wurde, ist nach vierwöchentlicher Verhandlung das Urtheil gefällt worden. Die beiden ersten wurden zur Zahlung von 24 000 Rubel event. zu je 2 Jahren Gefängnis verurtheilt. Rajan wurde freigesprochen.

— [Durch das Einbrechen] eines Abbaues der brennenden Böhlschale am Gregori-Schachte in Treibschiff bei Brüz in Wägen wurden am Dienstag 8 Arbeiter schwer verletzt; davon sind 6 bereits gestorben.

— Für manchen Leser, so schreibt ein Freund des „Gesellschen“, und namentlich für die Amore, wird es von hohem Interesse sein, zu erfahren, welche Resultate auf den Jagden in Sachsen im Gegensatz zu denen in Ostpreußen erzielt wurden. Beim Kammerherrn v. Alvensleben sind 1315 Hasen in der Zeit von 12½ bis 2½ Uhr geschossen worden, wovon Se. Maj. der Kaiser allein 467 Hasen, 50 Fasanen und 23 Kranichs erlegte. Auf der Jagd des Fürsten zu Stolberg-Wernigerode wurden am ersten Tage 994 und am zweiten Jagdtage 1000 Hasen geschossen.

— [Eine choleraähnliche Krankheit] herrscht unter dem Gefolge in Berlin und Umgebung; in der Potsdamer Gegend hat dieselbe einige Gefolgegehörige gänzlich entzweit. Die Krankheit ist aus Italien und Ungarn eingeführt, dann in Berlin aber besonders durch die eigenartigen Witterungsverhältnisse des Herbstes zur vollen Entfaltung gekommen. Die Krankheit tritt meist so heftig auf, daß die Thiere sofort sterben; alle angewandten Mittel sind bis jetzt vergeblich gewesen.

— [Der erste Markt] für Suchtmaninen in Berlin, welcher vor einigen Tagen abgehalten wurde, hat einen wahrhaft überraschenden Verlauf genommen. Aus allen Theilen der Stadt, namentlich aus den Vororten und selbst aus der weiteren Umgebung waren die Kaufstüngen in hellen Haufen herbeigekommen, und in der Stunde der Eröffnung des Marktes füllten die Säle des Restaurants, die am Wasser belegene Kolonnade und den Garten wohl über 400 Personen, die mit Äpfeln, Röhren, Tischen, Säden, Vogelbauern und allen möglichen Transportmitteln für die zu ersiehenden Thiere erschienen waren. Junge Thiere wurden mit 3 Mark bezahlt. Gute Suchtmateriale kostete 4 Mark 50 Pfennig bis 12 Mark pro Stück. Vorläufig soll der Markt alle vier Wochen stattfinden, vom Februar ab aber, wo die eigentliche Suchtperiode beginnt, will man Märkte in vierzehntägigen Zwischenräumen veranstalten.

— [Urwächtig]. Die Gemahlin des Prinzregenten Albrecht hat in Ramenz in ergötzlicher Weise erfahren, daß der Ruf derer Grobheit, in welchem der in der Gegend allgemein bekannte „Bater Großer“, ein alter, schwerhöriger Botenmann, steht, durchaus begründet ist. Derselbe hatte im Schlosse einen Ausruf zu vollführen und begegnete daselbst einer Dame, die ihn freundlich anredete: „Guten Tag, Großer, wie geht's?“ Statt des Dantes giebt der Alte die Frage zurück: „Wer seid Ihr denn?“ — „Nun kennt Ihr mich nicht? Ich bin die Prinzessin Albrecht.“ — „So, seid Ihr die? Na, Ihr seid mir die Rechte, seid Weib-nachten! Ihr merkt denn drei Wema (Wöhm) schuldig und ich ham mehr bald wieder Weibnachten.“ Während antwortete die Prinzessin: „Das müßt Ihr mit unserem Rentmeister abmachen.“

Neuestes. (T. D.)

Berlin, 20. November. Abgeordnetenhause. Das Einkommensteuergesetz steht zur Berathung. Finanzminister Miquel betont die Nothwendigkeit einer Reform der direkten Steuern. Die Vorlage strebt die Entlastung der mittleren und kleineren Einkommen zu Ungunsten der großen an. Die Erbschaftsteuer sei die notwendige Ergänzung der Einkommensteuer. Letztere müsse der Gestein des ganzen Steuerrechts werden. Das hohe Haus möge entscheiden, ob Objektsteuern (in welchem der Gesetzentwurf? D. Red.) zu vermindern seien und schließlich ganz verschwinden können. Die Grund- und Gebäudesteuer könnte zu einer reinen Kommunalsteuer gemacht werden. Der Verzicht auf diese festen und sicheren Einnahmen ohne Ersatz sei aber nicht rathlich erschienen.

Der Ueberschuß des Etatsjahrs 90/91, fährt der Minister fort, betrage 97 Millionen, man dürfe das aber nicht als etwas Dauerndes betrachten.

Miquel wirft dann einen Rückblick auf die letzten 8 Jahre. Die gesamten Staatsschulden betragen 5 Milliarden und 800 Millionen. Seit 1882 bis 90/91 betragen die Ueberschüsse 1 Milliarde und 782 Millionen, davon sind zur Zinszahlung verwandt: 1 Milliarde und 158 Millionen. Von den verbleibenden 624 Millionen sind 391 zur Schulden-Tilgung, 233 zu etwasmäßigen Ausgaben verwandt worden.

Miquel fährt fort: Die Verstaatlichung der Eisenbahnen bewährte sich glänzend, der Ertrag der Eisenbahnen für 1889 war ein so ungewöhnlich hoher, daß bei Veranlagung der Einnahmen daraus große Vorzicht geboten war; die Abhängigkeit Preußens von der Finanzpolitik des Reichs sei ebenfalls nicht außer Acht zu lassen, Preußen sei doch zu mindestens 1/3 für die Reichsschulden mit haftbar.

Die Verminderung der fixen Einnahmen des Staats müsse schlechterdings vermieden werden; man müsse darin der höheren geschäftlichen Ueberlieferung des ruhmvollen Herrscherhauses folgen. Er, der Finanzminister, könne deshalb auch nicht auf die Grund- und Gebäudesteuer verzichten, zumal sie sich nicht der Schätzung entziehe wie die Einkommensteuer. Es wäre Thorheit, die Steuerreform mit einer Gleichrichtung der Kommunalsteuer zu unternehmen, bevor nicht die Staatssteuer die Schaffung neuer Objektsteuern ausschließe, nur dann sei eine stärkere Veranlagung der Objektsteuern notwendig, wenn der Reformplan der Regierung etwa mißglückt sei.

Die Deklarationspflicht bewährte sich in anderen Staaten glänzend, in den Hansastädten seien die Nachmittel des Staats bei der Deklarationspflicht noch viel größer als im preussischen Entwurf, ebenso in Sachsen. Die Steuerfreiheit der Reichs-unmittelbaren beruhe zwar nicht auf dem Völlerrecht und Bundesrecht, sondern nur auf Privatrecht, für die Aufhebung jener Steuerfreiheit müsse aber eine Entschädigung erfolgen.

Schwieriger sei die Frage der Besteuerung der Aktiengesellschaften; andere Staaten besteuerten dieselben zum vollen Betrage ihres Einkommens, es empfehle sich aber dem Aktionär einen dreiprozentigen Betrag bei Anlegung der Steuern in Abrechnung zu bringen, was besonders den kleinen Gesellschaften zu gute komme, andererseits würden sonst steuerfrei bleibende auswärtige Aktionäre herangezogen.

Paris, 20. Novbr. Die Wohnung Poldewski's, des muthmaßlichen Mörders des russischen Generals Seliber, wurde in der Straße Monnaie aufgefunden; man entdeckte darin Revolverpatronen desselben Kalibers, wie die, womit Seliber erschossen worden ist. Poldewski selbst ist noch nicht aufgefunden.

Berlin, 20. Novbr. (T. Dep.) Russische Rubel 241,25.

Berliner Kurs-Vericht vom 19. November.
Deutsche Reichs-Anl. 4% 105,25 bz. Deutsche Reichs-Anl. 3 1/2% 97,25 bz. Deutsche Interims-Scheine 3% 85,30 bz. Preussische Consol. Anleihe 4% 104,20 bz. Preuss. Consol. Anl. 3 1/2% 97,25 bz. Preussische Int.-Sch. 3% 85,40 bz. Staats-Anl. 4% 101,20 bz. Staats-Schuldenscheine 3 1/2% 99,75 bz. Ostpreussische Provinz.-Oblig. 3 1/2% 95,20 B. Ostpreussische Pfandbriefe 3 1/2% 95,60 bz. G. Preussische Pfandbriefe 3 1/2% 96,25 bz. B. Preussische Pfandbriefe 4% 100,90 bz. G. Westpreuss. Ritterchaft 3 1/2% 95,60 B. Preussische Rentenbriefe 4% 102,20 B. Preussische Prämien-Anleihe 3 1/2% 170,75 bz. Danziger Hyp.-Pfandbriefe 4% — G. Danziger Hyp.-Pfdb. 3 1/2% — G.

Berlin, 19. November. Produktenmarkt. (Fikt 1000 Rilo)
Weizen loco 185—195 Mk. gef., Novbr. 192—192 1/2 Mk. bez.
Roggen loco 178—187 Mk. gef., Novbr. 185—185 1/2 Mk. bez.

Gerste loco 138—205 Mk. gefordert.
Hafer loco 140—156 Mk. gefordert, mittel und guter ost- und westpreussischer 142—146 Mk. bez.

Erbölen, Rohwaare 165—205 Mk., Futterwaare 150—158 Mk. bez.
Rübsöl loco ohne Faß 58,8 Mk. bez.

Berlin, 19. November. Spiritus-Vericht. Spiritus unversteuert mit 60 Mark Konsumsteuer belastet loco 69,8 bez., do. unversteuert mit 70 Mark Konsumsteuer belastet loco 40,5—40,4 bez., Novbr. 39,4—39,3 bez., Novbr.-Dezbr. 39,3—39,2 bez., Dez.-Jan. —, Jan.-Febr. —, April-Mai 40—40,2 bez., Mai-Juni 40,3—40,5 bez., Juni-Juli 40,8—41 bez., Juli-August 41,4—41,6 bez., Aug.-Septbr. 42—41,0—42 bez., Okt. 40,000 Liter Preis 39,60.

Spiritus unbelastet, Preise wenig verändert.

Danzig, 20. Novbr. Getreidebörse. (T. D. v. Max Dursge.)
Weizen: loco unver., 200 Tonnen. Für bunt u. hellfarbig inländischer Mt. —, hellbunt inländischer Mt. —, hochbunt inländ. Mt. 193—195, Termin April-Mai 126pfd. zum Transp. Markt 149,50 per Juni-Juli 126pfd. a. Transp. Mt. 151,50.
Roggen loco unver., inländ. Mt. 171, russ. und poln. nischer zum Transp. Mt. 118—122, per April-Mai 120pfd. a. Transp. Markt 120,00, per Juni-Juli 120pfd. zum Transp. Mt. —.

Gerste: große loco inl. Mt. 146—150, kleine loco inl. Mt. —, Hafer: loco inl. Mt. —.

Erbölen: loco inländischer Mt. —.
Spiritus: loco pro 1000 Liter 1/2 kontingent. Markt 59,50 nichtkontingent. Mt. 40,00.

Königsberg, 20. November 1890. Spiritus-Vericht. (Telegraphische Dep. von Portatius & Grothe, Getreide-, Spiritus- u. Wolle-Commissions-Gesellschaft.) per 10000 Liter 1/2 loco kontingent Mt. 60,75 Geld, unkontingent. Mt. 41,25 Geld, Mt. 41,25 bez., per November Mt. 40,75 Geld.

Posen, 19. Novbr. Marktbericht. (Kaufmann. Vereining.)
Weizen 18,50—19,80, Roggen 16,60—17,30, Gerste 14,00—16,40, Hafer 13,10—13,60, Kartoffeln 3,60—4,00, Lupinen blaue 8,50—8,80 Mt. per 100 Kilogramm.

Magdeburg, 19. Novbr. Zuckerbericht. Kornzucker excl. von 92%, 17,00, Kornzucker excl., 88%, Rendement 16,15, Nachprodukte excl. 75%, Rendement 14,00. Rußig.

Schiffs-Bewegung der Postdampfschiffe der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt-Aktien-Gesellschaft.
Sorrento, von Hamburg, am 12. November in New-York angekommen; Bohemia, von Hamburg, am 16. November in New-York angekommen; Normanna, von Hamburg, am 16. November in New-York angekommen.

Walldorf. Sonntag, den 23. d. Mts.,
Tobtenfest, Vorm. 10 Uhr, Gottes-
dienst: Fr. Pred. Diehl.
Engelsdorf. Sonntag, den 23. d.
Mts., Vorm. 10 Uhr, Gottesdienst:
Dr. Pred. Schrt.
Durch die glückliche Geburt eines
Knaben wurden hoch erfreut
Bremen, den 18. November 1890.
F. A. Dietrich und Frau
Natalie geb. Müller.
[5781]

Lehrerverein St. Oylan.
Sonntags, den 22. d. Mts.:
Generalversammlung.

Tagesordnung.
1. Vorstandswahl.
2. Vortrag.
3. Beschl. (5740)

Die General-Versammlung des
Gustav Adolf-Frauenvereins
findet Montag, den 24. d. Mts.,
Nachmittags 3 Uhr in der evangelischen
Kirche zu Strasburg statt. Die ge-
hörten Mitglieder werden freundlichst
erbeten, zahlreich zu erscheinen.
[5772] **Der Vorstand.**

Strasburg Westpr.

Sonntag, den 23. November cr.,
Abends 7/8 Uhr, (5771)

in Astmann's Hotel:

CONCERT

des ungarischen Violin-Virtuosen Herrn

Henry Berény

der Concert-Sängerin Fräulein

Margarita Semper

und der Pianistin Fräulein

Paula Wieler.

Billetts pro Person Mk. 1.50, im
Vorverkauf bei H. F. F. zu Mk. 1.25,
Familienbillets für 3 Personen 3 Mk.,
Schüler 50 Pfg.

Tusch.

Montag, den 24. November d. Js.:

Grosser Gesellschaftsabend

mit Marzipan-Verwülfelung

und Tanzkränzen

Ausf. von der Artilleriekapelle

wozu ergebenst einladet

(5750) **A. Dombrowski.**

Morgen, Freitag Abend, (5775)

Wurstpicknick

bei **H. Hein, Markt 4.**

Bekanntmachung.

Der Bauunternehmer Herr J. Anter

beabsichtigt auf dem Grundstück

Kallmeyerstr. Nr. 23, eine Dampf-

maschinen-Anlage zum Betriebe der

Bregelei herzustellen. Die Beschreibung

und Zeichnung des Dampfessels, sowie der

Bau- und Situationsplan liegen im

Bureau I des Rathhauses während

der Dienststunden zur Einsichtnahme aus.

Einwendungen gegen die Anlage

sind bis zum 6. Dezember schriftlich in

2 Exemplaren oder mündlich zu Protokoll

bei uns anzubringen.

Nach Ablauf der Frist können Ein-

wendungen in dem Verfahren nicht mehr

angeführt werden.

Zur mündlichen Erörterung der

rechtmäßig erhobenen Einwendungen ist

ein Termin (5745)

auf den 12. Dezember cr.

Vormittags 11 Uhr

vor dem Oberbürgermeister Pohlmann

anberaumt. Im Falle des Ausbleibens

der Unternehmer oder der Widerspre-

chenden wird gleichwohl mit der Erör-

terung der Einwendungen vorgegangen

werden.

Gründung, den 19. November 1890.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Herren Sal. Lewinsohn und

Abt. Jacobsohn Söhne beabsichtigen

auf dem Grundstück Döberbergstr.

87/88 einen Ziegelofen zu errichten. Die

Beschreibung und der Situationsplan

liegen im Bureau I des Rathhauses

während der Dienststunden zur Ein-

sichtnahme aus.

Einträge Einwendungen gegen die An-

lage des Ziegelofens sind bis zum 6.

Dezember schriftlich in 2 Exemplaren

oder mündlich zu Protokoll bei uns an-

zubringen. Nach Ablauf der Frist

können Einwendungen in dem Verfahren

nicht mehr angebracht werden.

Zur mündlichen Erörterung der rech-

tmäßig erhobenen Einwendungen ist ein

Termin

auf den 12. Dezember cr.,

Vormittags 11 Uhr

vor dem Oberbürgermeister Pohlmann

anberaumt. Im Falle des Ausbleibens

der Unternehmer oder der Widerspre-

chenden wird gleichwohl mit der Erör-

terung der Einwendungen vorgegangen

werden.

Gründung, den 19. November 1890.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Herren Sal. Lewinsohn und

Abt. Jacobsohn Söhne beabsichtigen

auf dem Grundstück Döberbergstr.

87/88 einen Ziegelofen zu errichten. Die

Beschreibung und der Situationsplan

liegen im Bureau I des Rathhauses

während der Dienststunden zur Ein-

sichtnahme aus.

Einträge Einwendungen gegen die An-

lage des Ziegelofens sind bis zum 6.

Dezember schriftlich in 2 Exemplaren

oder mündlich zu Protokoll bei uns an-

zubringen. Nach Ablauf der Frist

können Einwendungen in dem Verfahren

nicht mehr angebracht werden.

Zur mündlichen Erörterung der rech-

tmäßig erhobenen Einwendungen ist ein

Termin

auf den 12. Dezember cr.,

Vormittags 11 Uhr

vor dem Oberbürgermeister Pohlmann

anberaumt. Im Falle des Ausbleibens

der Unternehmer oder der Widerspre-

chenden wird gleichwohl mit der Erör-

terung der Einwendungen vorgegangen

werden.

Gründung, den 19. November 1890.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Herren Sal. Lewinsohn und

Abt. Jacobsohn Söhne beabsichtigen

auf dem Grundstück Döberbergstr.

87/88 einen Ziegelofen zu errichten. Die

Beschreibung und der Situationsplan

liegen im Bureau I des Rathhauses

während der Dienststunden zur Ein-

sichtnahme aus.

Einträge Einwendungen gegen die An-

lage des Ziegelofens sind bis zum 6.

Dezember schriftlich in 2 Exemplaren

oder mündlich zu Protokoll bei uns an-

zubringen. Nach Ablauf der Frist

können Einwendungen in dem Verfahren

nicht mehr angebracht werden.

Zur mündlichen Erörterung der rech-

tmäßig erhobenen Einwendungen ist ein

Termin

auf den 12. Dezember cr.,

Vormittags 11 Uhr

vor dem Oberbürgermeister Pohlmann

anberaumt. Im Falle des Ausbleibens

der Unternehmer oder der Widerspre-

chenden wird gleichwohl mit der Erör-

terung der Einwendungen vorgegangen

werden.

Gründung, den 19. November 1890.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Herren Sal. Lewinsohn und

Abt. Jacobsohn Söhne beabsichtigen

auf dem Grundstück Döberbergstr.

87/88 einen Ziegelofen zu errichten. Die

Beschreibung und der Situationsplan

liegen im Bureau I des Rathhauses

während der Dienststunden zur Ein-

sichtnahme aus.

Einträge Einwendungen gegen die An-

lage des Ziegelofens sind bis zum 6.

Dezember schriftlich in 2 Exemplaren

oder mündlich zu Protokoll bei uns an-

zubringen. Nach Ablauf der Frist

können Einwendungen in dem Verfahren

nicht mehr angebracht werden.

Zur mündlichen Erörterung der rech-

tmäßig erhobenen Einwendungen ist ein

Termin

auf den 12. Dezember cr.,

Vormittags 11 Uhr

vor dem Oberbürgermeister Pohlmann

anberaumt. Im Falle des Ausbleibens

der Unternehmer oder der Widerspre-

chenden wird gleichwohl mit der Erör-

terung der Einwendungen vorgegangen

werden.

Gründung, den 19. November 1890.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Herren Sal. Lewinsohn und

Abt. Jacobsohn Söhne beabsichtigen

auf dem Grundstück Döberbergstr.

87/88 einen Ziegelofen zu errichten. Die

Beschreibung und der Situationsplan

liegen im Bureau I des Rathhauses

während der Dienststunden zur Ein-

sichtnahme aus.

Einträge Einwendungen gegen die An-

lage des Ziegelofens sind bis zum 6.

Dezember schriftlich in 2 Exemplaren

oder mündlich zu Protokoll bei uns an-

zubringen. Nach Ablauf der Frist

können Einwendungen in dem Verfahren

nicht mehr angebracht werden.

Zur mündlichen Erörterung der rech-

tmäßig erhobenen Einwendungen ist ein

Termin

auf den 12. Dezember cr.,

Vormittags 11 Uhr

vor dem Oberbürgermeister Pohlmann

anberaumt. Im Falle des Ausbleibens

der Unternehmer oder der Widerspre-

chenden wird gleichwohl mit der Erör-

terung der Einwendungen vorgegangen

werden.

Gründung, den 19. November 1890.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Herren Sal. Lewinsohn und

Abt. Jacobsohn Söhne beabsichtigen

auf dem Grundstück Döberbergstr.

87/88 einen Ziegelofen zu errichten. Die

Beschreibung und der Situationsplan

liegen im Bureau I des Rathhauses

während der Dienststunden zur Ein-

sichtnahme aus.

Einträge Einwendungen gegen die An-

lage des Ziegelofens sind bis zum 6.

Dezember schriftlich in 2 Exemplaren

oder mündlich zu Protokoll bei uns an-

zubringen. Nach Ablauf der Frist

können Einwendungen in dem Verfahren

nicht mehr angebracht werden.

Zur mündlichen Erörterung der rech-

tmäßig erhobenen Einwendungen ist ein

Termin

auf den 12. Dezember cr.,

Vormittags 11 Uhr

vor dem Oberbürgermeister Pohlmann

anberaumt. Im Falle des Ausbleibens

der Unternehmer oder der Widerspre-

chenden wird gleichwohl mit der Erör-

terung der Einwendungen vorgegangen

werden.

Gründung, den 19. November 1890.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Herren Sal. Lewinsohn und

Abt. Jacobsohn Söhne beabsichtigen

auf dem Grundstück Döberbergstr.

87/88 einen Ziegelofen zu errichten. Die

Beschreibung und der Situationsplan

liegen im Bureau I des Rathhauses

während der Dienststunden zur Ein-

sichtnahme aus.

Einträge Einwendungen gegen die An-

lage des Ziegelofens sind bis zum 6.

Dezember schriftlich in 2 Exemplaren

oder mündlich zu Protokoll bei uns an-

zubringen. Nach Ablauf der Frist

können Einwendungen in dem Verfahren

nicht mehr angebracht werden.

Zur mündlichen Erörterung der rech-

tmäßig erhobenen Einwendungen ist ein

Termin

auf den 12. Dezember cr.,

Vormittags 11 Uhr

vor dem Oberbürgermeister Pohlmann

anberaumt. Im Falle des Ausbleibens

der Unternehmer oder der Widerspre-

chenden wird gleichwohl mit der Erör-

terung der Einwendungen vorgegangen

werden.

Gründung, den 19. November 1890.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Herren Sal. Lewinsohn und

Abt. Jacobsohn Söhne beabsichtigen

auf dem Grundstück Döberbergstr.

87/88 einen Ziegelofen zu errichten. Die

Beschreibung und der Situationsplan

liegen im Bureau I des Rathhauses

während der Dienststunden zur Ein-

sichtnahme aus.

Einträge Einwendungen gegen die An-

lage des Ziegelofens sind bis zum 6.

Dezember schriftlich in 2 Exemplaren

oder mündlich zu Protokoll bei uns an-

zubringen. Nach Ablauf der Frist

können Einwendungen in dem Verfahren

nicht mehr angebracht werden.

Zur mündlichen Erörterung der rech-

tmäßig erhobenen Einwendungen ist ein

Termin

auf den 12. Dezember cr.,

Vormittags 11 Uhr

vor dem Oberbürgermeister Pohlmann

anberaumt. Im Falle des Ausbleibens

der Unternehmer oder der Widerspre-

chenden wird gleichwohl mit der Erör-

terung der Einwendungen vorgegangen

werden.

Der Prozeß gegen Dr. Wehr und Genossen.
(Schluß.)

Im weiteren Verlauf der Verhandlung über die Personauer Angelegenheit erklärte der Kaufmann Schleimer, daß ihm weder von Dr. Wehr noch von Kripin die Zulage gemacht worden sei, seine Forderung solle überboten werden, wenn er ein Darlehen an Wehr gewähren wolle.

Dann ging man zur Verhandlung der Wehr'schen Gehaltsverhältnisse über. Dr. Wehr erklärte, seine Anstellung beruhe auf einer Wahl durch den Provinzial-Landtag und sei vom Minister bestätigt worden. Auf ihn habe das Reglement für die Provinzialbeamten keine Anwendung finden können. Im Provinzial-Ausschuß sei einmal die Frage erörtert worden, ob monatliche oder vierteljährliche Gehaltszahlungen für die Beamten vorzuziehen seien. Der Vorsitzende Herr v. Winter habe das Erstere für besser gehalten, habe jedoch dabei geäußert, daß nichts im Wege stehe, wenn höhere Beamte ihr Gehalt vierteljährlich beziehen würden. Er habe sich für vollständig berechtigt gehalten, eine Anweisung auf vierteljährliche Zahlung zu erlassen. Die in der Anlage enthaltenen Angaben über die von ihm entnommenen Vorschüsse erkannte Dr. Wehr für richtig an und glaubte zur Anweisung von Vorschüssen ebenfalls befugt gewesen zu sein. Er habe übrigens auch für andere Beamte Vorschüsse angewiesen. Die Weisung, die Vorschüsse in dem Ausgabe-Buch und nicht in dem Vorschuß-Manual zu buchen, habe er nur zur Vereinfachung der Buchführung erlassen. Sobald der Kassencurator eine Revision vorgenommen habe, sei ihm von dem Rentanten Mitteilung über die gewährten Vorschüsse gemacht worden. Nebenbei habe auch der damalige Landesrath Fuß gleichfalls sich selbst Vorschüsse angewiesen. Daß er vor Revisionen Quittungen aus der Kasse entnommen habe, sei ihm nicht mehr erinnerlich. Gensowenig könne er sich daran erinnern, daß er den Kassencurator, Landesrath Fuß immer dann auf Dienstreisen geschickt habe, wenn er größere Vorschüsse genommen hatte.

Der Hauptkassencurator Sonntag hält es für zulässig, daß der Landesdirektor sein Gehalt vierteljährlich bezogen habe. Die Vorschüsse hat der Zeuge als Gehaltszahlungen angesehen, und Wehr habe auch Quittungen über das empfangene Gehalt ausgehändigt. Er habe das Verfahren Wehrs für ein berechtigtes gehalten und auch die von ihm gezahlten Summen nicht als „Vorschüsse“ im Vorschuß-Manual, sondern als Gehaltszahlungen ins Ausgabebuch aufgenommen. Daß Wehr einige Male Interimskontrollen vor der Revision herausgenommen und dafür bares Geld hineingelegt habe, bestätigte der Zeuge, doch ist ihm dieses nicht auffällig gewesen. Dr. Wehr habe auch anderen Beamten Vorschüsse angewiesen, die in derselben Weise gebucht worden sind. Seines Wissens habe der Landesrath Fuß einmal einen Vorschuß an sich selbst angewiesen.

Die Zeugen Kommerzienrath Damm und Graf Rittberg gaben darüber Auskunft, in welchen finanziellen Verlegenheiten Dr. Wehr stets gewesen sei. Graf Rittberg wollte 1887 ein Konfession bilden, um Dr. Wehrs Verhältnisse zu regeln. Wehr habe seine Verbindlichkeiten auf 50000 Mk. angegeben, doch die Sache habe sich erledigt, weil Wehr nicht ein spezielles Verzeichnis seiner Schulden angegeben habe.

Der Zeuge Bürgermeister Fuß aus Kiel (früher Landesrath in Danzig) erklärte, daß ihm seine Entsendung zur Wahrnehmung auswärtiger Termine im allgemeinen nicht aufgefallen sei, nur in zwei Fällen sei es ihm befremdlich erschienen, daß er wichtige Interessen der Provinz in einer auswärtigen Verhandlung habe wahrnehmen müssen, während Wehr zu Hause geblieben sei. Die Rassenführung, die nach einem von Wehr entworfenen Reglement ausgeübt worden sei, wäre eine musterhafte gewesen. In Betreff der Vorauszahlung des Gehaltes habe er das Vorgehen Wehrs zwar nicht für korrekt, aber auch nicht für strafbar gehalten.

Bürgermeister Fuß gab an, daß auch er anderen Beamten Vorschüsse angewiesen und auch in einigen Fällen selbst Vorschüsse erhalten habe; die Vorschüsse sollten dazu dienen, Beamte zu bezahlen, daß sie in Schulden gerieten. Da nun der Provinzial-Ausschuß nur viermal im Jahre zusammentrat, so habe er den Landesdirektor für befugt erachtet, Vorschüsse in gewissen Grenzen selbstständig zu gewähren.

Der nächste Punkt der Anklage betraf den Betrug. Dr. Wehr hat dem Baunternehmer Fey, dem Rentier Heidebrecht, dem Möbelhändler Sohr und dem Landesbauarchitekten Mann, denen allen er bedeutende Summen schuldet, zum Teil dieselben Gehaltsraten verpfändet, obwohl diese Raten schon beilagelohnt oder durch die Vorauszahlung nicht mehr verpfändbar waren, und obwohl er wußte, daß nach dem Dienstreglement eine Verpfändung oder Ueberweisung des Gehaltes unzulässig war. Einzelne Zeugen wurden an der Kasse abgewiesen, weil das Gehalt von Wehr schon erhoben war. Doch sind ihre Forderungen zum Teil befriedigt worden, denn Dr. Wehr schickte aus Paris an Fey 4000 Mk., an Sohr 1500 Mk., an Heidebrecht 1900 Mk., so daß sie nur noch 400, bezw. 640 und 477 Mk. zu fordern haben. Neben den Gehaltsüberweisungen hat Wehr den Zeugen auch Wechsel gegeben, Fey hat den Wechsel auch weiter begeben. Dr. Wehr gab an, es sei ihm gelungen, bei der Abwicklung großer Geschäfte für den Grafen Gersdorf in Dresden und ein Holzkomtor 45000 Mk. zu verdienen, von denen er 43000 Mk. zur Deckung seiner Schulden verwendet und nur 2000 Mk. für sich behalten habe, was später zum Teil von den Zeugen bestätigt wurde.

Es gelangten dann zwei Aussagen des am Erscheinen durch Krankheit verhinderten Vorsitzenden des Provinzial-Ausschusses, Oberbürgermeisters von Winter, zur Verlesung, der sich nicht erinnern konnte, daß im Provinzial-Ausschuß an Wehr die Ermächtigung erteilt sei, sein Gehalt vierteljährlich zu erheben. Als er mit Dr. Wehr wegen seiner Erhebung des vierteljährlichen Gehaltes gesprochen, habe ihn dieser betheuert, daß der Provinzial-Ausschuß ihm hierzu die Ermächtigung erteilt habe, und ihm auch hierauf sein Ehrenwort gegeben. Trotzdem wisse er sich eines derartigen Vorfalles nicht mehr zu entsinnen. Er halte die Erhebung von Vorschüssen über das nächste Gehalt hinaus für unzulässig. Von den sehr schlechten Vermögensverhältnissen des Dr. Wehr habe er erst später Genaueres erfahren, bis zum Jahre 1885 habe er ihn für einen gut situierten Mann gehalten. Auf Andeutungen, die ihm in Privatgesprächen gemacht worden seien, habe er kein Gewicht gelegt. Erst als die gerichtlichen Beschlagnahmen verfaßt wurden, habe er mit Wehr über seine finanzielle Lage gesprochen und dieselbe auch im Provinzial-Ausschuß zur Sprache gebracht. Als er von den von Wehr entnommenen Vorschüssen erfuhr, habe er sofort Deckung verlangt, und als diese schnell einging, sei von ihm keine Vorlage an den Provinzial-Ausschuß gemacht worden. Er habe nimmermehr Dr. Wehr veranlaßt, eine Vorlage zur Aenderung der Geschäftsordnung dem Provinzial-Ausschuß einzureichen. Erst nachdem einige Sitzungen vergangen waren, legte Wehr auf sein Drängen eine Aenderung der Geschäftsordnung vor, die in der schon mitgetheilten Form zur Annahme gelangte. Ueber die Personauer Angelegenheit sagte Herr v. Winter, daß die ganze Angelegenheit ihn als Vorsitzenden des Provinzial-Ausschusses bis zu einem gewissen Punkte nichts angegangen habe. Als ihm aber allerlei Gerüchte über die Genossenschaft zu Ohren gekommen seien, habe er sich die Akten kommen lassen und aus diesen entnehmen müssen, daß Wehr dort mit Sorgfalt in dieser Sache verfahren habe. In diesem Sinne habe er sich auch dem früheren Oberpräsidenten v. Ernst-

hausen gegenüber ausgesprochen. Erst durch den Regierungsrath Dr. Müller habe er dann den näheren Sachverhalt erfahren.

Nachdem die Beweisaufnahme geschlossen war, ergriß der Erste Staatsanwalt Weichert das Wort. Er wies zunächst darauf hin, daß der Prozeß vom rein juristischen Standpunkte aus nicht viel Bemerkenswerthes biete. Es handle sich um Vergehen, welche alljährlich die Gerichte beschäftigten, und auch die Thatfachen seien einfach. Anders liege die Sache, wenn man sie vom sittlichen Standpunkte aus betrachte. Da habe sie die höchste Bedeutung wegen der Persönlichkeit des Angeklagten Wehr. Es sei ihm die ehrenvolle Aufgabe zugefallen, eine neue Provinz zu organisieren. Es gäbe zu denken, daß ein solcher Mann auf die Anklagebank gekommen sei und daß er so lange Jahre sein Treiben habe fortsetzen können. Das lasse sich nur erklären aus der Persönlichkeit des Angeklagten Wehr, der in seiner Handlungsweise eine Eigenschaft bewiesen habe, die man unter anderen Umständen nicht nennen würde. Mit eiserner Stimm habe er stets den Grundsatz zur Sprache gebracht: „Si fecisti, nega“ (leugne, wenn du es gethan). Der ganze Vorgang habe bedeutendes Aufsehen in Stadt und Land erregt, und erst dann sei eine Vernehmung eingetreten, als man gesehen habe, daß doch derartige Dinge nicht ungestraft verübt werden können. Im anderen Falle würde eine Erschütterung des Rechtsbewußtseins eingetreten sein, die so gefährlich sei, daß nur durch den Richterpruch eines deutschen Gerichtshofes Abhilfe geschaffen werden könne. Die Punkte der Anklage haben das gemeinsame Moment, daß Wehr sein Amt mißbraucht habe, um es für sich und seinen Vortheil auszunutzen. Diese Handlungsweise stehe im entschiedenen Widerspruch mit den Ueberlieferungen des deutschen Beamtenstandes. Er wolle gern anerkennen, daß Wehr eine tüchtige Arbeitskraft gewesen sei, aber er habe die Gaben seines Geistes nicht richtig benutzt und seinen Charakter nicht in der Weise ausgebildet, wie es ein Mann in seiner Stellung thun müßte. Redner ging nunmehr auf die einzelnen Punkte der Anklage näher ein und beantragte:

1) gegen Holz wegen Unterschlagung von 10000 Mk. und wegen Untreue in 6 Fällen zur Gewährung von Wechseln darlehen an Wehr zusammen 1 Jahr 3 Monate Gefängnis;

2) gegen Dr. Wehr: für jeden der 6 Personauer Fälle 6 Monate Gefängnis, für die zahlreichen Fälle unberechtigter Gehaltsverhebung durch Fälschung des Rentanten Sonntag 38 Monate Gefängnis, wegen Betruges im Falle Feybrecht 3, im Falle Fey 5, im Falle Schleimer 6 Monate Gefängnis, im Falle Sohr Freisprechung, abzurunden auf 4 Jahre Gefängnis, im Falle Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf gleiche Dauer, ferner 1200 Mk. Geldstrafe, event. noch 4 Monate Gefängnis;

3) gegen Kripin wegen Beihilfe zum versuchten Betrüge in einem Falle 200 Mk. Geldstrafe.

Der Vertreter der Anklage beschloß seine beinahe zweistündige Rede mit der Erklärung, er hoffe, daß das Sorturtheil des Volks: „Die kleinen Diebe hängen nicht, die großen läßt man laufen“ durch den Spruch des Gerichtshofes seine Bestätigung finden werde.

Der Vertheidiger des Holz führte u. a. aus, Holz habe die Unterschlagung nicht begangen; durch die Entwässerung des Sees hätte sein Gut einen jährlichen Mehrertrag von 20000 Mk. ergeben müssen, es wäre also Wagniß gewesen, aus dem Betriebsfonds Geld zu unterschlagen.

Der Vertheidiger des Dr. Wehr schilderte den Charakter des Klienten. Er sei leichtsinnig wie ein Student und leichtgläubig wie ein junges Mädchen gewesen, und nur dadurch sei er in seine schlimme Lage gekommen; schließlich sei er nicht, das beweist schon der Umstand, daß er von Paris aus, sobald er eine große Summe verdient habe, diese zum größten Teil zur Verdrückung seiner Gläubiger verwendet habe. Er sei mehr zu bedauern, als zu verdammen.

Zum Schluß betheuerte Dr. Wehr in energischer Weise seine Unschuld in der Personauer Angelegenheit und bedauerte, daß Wehr, durch dessen Zeugniß seine Unschuld bestätigt worden wäre, gestorben sei. In sehr erregter Weise wandte Dr. Wehr sich dann gegen die Ausführungen des Staatsanwalts, so daß ihn der Vorsitzende wiederholt auf seinen leidenden Zustand aufmerksam machte. Er gab an, daß er sich von der Schweiz aus direkt an den Ersten Staatsanwalt gewendet habe, daß er von diesem aber keine Antwort erhalten habe. — Der Vorsitzende bestätigte aus den Akten diese Angabe.

Nach dreiviertelstündiger Beratung verhandelte der Gerichtshof sein Urtheil dahin, daß Dr. Wehr wegen Beihilfe zur Untreue und Unterschlagung und passiver Bestechung in 6 Fällen (Personauer Angelegenheit) zu 1 Jahr Gefängnis, wovon 10 Monate als durch die erlittene Untersuchungshaft verübt zu erachten; Holz wegen Untreue und Unterschlagung in 6 Fällen zu 9 Monaten Gefängnis zu verurtheilen; in allen übrigen Fällen Dr. Wehr freizusprechen und Kripin gänzlich freizusprechen sei. — Aus der eingehenden Urtheilsbegründung durch den Vorsitzenden, Herrn Landgerichtsdirektor Birnbaum haben wir Folgendes hervor:

Die Fragen kommen hier nicht zur Entscheidung, ob und in wie weit Holz sich civilrechtlich verantwortlich gemacht habe, ob Wehr durch seine unglückliche Verquickung seiner amtlichen Handlungen mit seinen geschäftlichen Verbindungen die Befugnisse seiner Stellung überschritten hat und ob durch ein rechtzeitiges Einschreiten der Aufsichtsbehörden dem Treiben des Angeklagten hätte Einhalt gethan werden können. In Betreff der Anklage wider Holz sagte der Vorsitzende, in rechtlicher Beziehung könne kein Zweifel darüber herrschen, daß das Kapital, welches Holz übergeben worden war, nur zur Verwendung in gemeinschaftlicher Rechnung der Genossenschaft bestimmt gewesen sei. Holz war demnach nur Mitgläubiger, er stand in Gemeinschaft mit den anderen 16 Theilnehmern. Nicht in jeder Beziehung könne der Gerichtshof der Behauptung der Anklage folgen, daß Holz von dieser Summe einen Betrag für sich verwendet habe. Der Umstand, daß nicht jeder Verbrauch nachgewiesen werden könne, könne wohl civilrechtlich von Belang sein, strafrechtlich aber nicht. Strafbar dagegen sei es, daß Holz nach seinem eigenen Geständnis in 6 Fällen Darlehen im Betrage von 32000 Mk. an Wehr gegeben habe. Das Gesetz verlange zur Bestrafung, daß Holz vorsätzlich und mit dem Bewußtsein gehandelt hat, daß ein Verlust entstehen könne. Dieses Bewußtsein hat aber Holz haben müssen, denn es war vorsätzlich, gerichtlich und provinzialkundig, daß sich der Landesdirektor Wehr damals in zerrütteten Vermögensverhältnissen befunden habe. Holz habe demnach zum Nachtrag seiner Auftraggeber gehandelt und war daher wegen Untreue und Unterschlagung in 6 Fällen zu bestrafen.

Zweifelhafter liege die Sache bei Dr. Wehr, da die Entscheidung wesentlich davon abhängt, welchen Glauben man den Aussagen des Holz schenke. Es komme hierbei in Betracht, daß derselbe aus guter Familie stamme, ein alterer geschäftstüchtiger Mann und bisher unbefehlter sei. Man könne nicht annehmen, daß er wissentlich und ohne den geringsten Nutzen für sich selbst seinen Mitangeklagten betrogen werde. Es sei demnach Wehr für schuldig zu erachten, obwohl er mit großer Energie seine Unschuld behauptet habe. Dagegen glaube ihm der Gerichtshof darin, daß er nicht der Anführer gewesen sei. Der Gerichtshof sei davon überzeugt, daß Holz nicht so gehandelt hätte, um sich und Wehr einen Vermögensvortheil zu beschaffen, sondern es sei leichtfertig gewesen. Er habe gehofft, durch die Restitution seines Guthabens in glänzende Verhältnisse zu kommen und dann das Darlehen leicht deducen zu können. Dagegen halte der Gerichtshof den von

der Anklage erhobenen Vorwurf der passiven Bestechung für erwiesen. Wehr sei bei seinen zerrütteten Vermögensverhältnissen schließlich vor dem Mittel nicht zurückgeschreckt, für die Gewährung von Zahlungsmittelungen sich Darlehen geben zu lassen. Unter Freisprechung von der Anklage zur Untreue und Unterschlagung mußte er wegen Beihilfe zu diesen Vergehen und passiver Bestechung verurtheilt werden.

Was die Vorauszahlung seines Vierteljahresgehaltes und die von ihm entnommenen Vorschüsse betreffe, so sei es keine Frage, daß seine Handlung geradezu „ungeheuerlich“ genannt werden müsse, doch sei dieselbe nur disciplinär und nicht strafrechtlich zu ahnden, denn es sei durch Wehrs Handlung weder ein Irrthum erregt, noch ein Schaden entstanden, noch habe er das Bewußtsein gehabt, eine rechtswidrige Handlung zu begehen. Zur Beurtheilung des Verfahrens von Wehr sei seine Charaktereigenthümlichkeit in Betracht zu ziehen gewesen, daß er geglaubt habe, sich in einer Ausnahme-Stellung zu befinden, die ihn über seine Mitbeamten hinaushebe. Es müßte demnach in diesen Fällen auf Freisprechung erkannt werden.

Die Cession seines Gehaltes an verschiedene Personen, sei erst in der Verhandlung völlig klar gestellt worden. Wehr brauchte viel Geld, seine Wechsel fanden nicht mehr Kredit und somit hat er Fey, Sohr und Heidebrecht Gehaltsanweisungen gegeben, damit sie auf dieselben Geld erhalten könnten, wenn sie seine Wechsel nicht unterbringen konnten. Fey habe aber tatsächlich den Wechsel weitergegeben, die beiden anderen Herren hätten die Wechsel an sich behalten und hätten demnach von der Gehaltsanweisung erst dann Gebrauch machen dürfen, wenn sie die Wechsel wieder zurückgegeben hätten. Es sei daher auch in diesen Fällen auf Freisprechung erkannt worden.

In dem Falle Schleimer zeigte sich wieder die schon oft hervorgetretene Verquickung amtlicher Beziehungen mit geschäftlichen Angelegenheiten. Daß Wehr sich mit Schleimer in Verbindung gesetzt habe, sei für einen Beamten in seiner Stellung zwar nicht würdig, doch nicht strafällig. Auch bei Kripin sei es durchaus nicht als erwiesen zu erachten, daß er von Wehr den direkten Auftrag erhalten habe, unter der bindenden Zulage, daß Wehr Schleimers Forderung ausbezahlen wolle, ein Darlehen zu verlangen, ja, Schleimer habe in seiner Aussage geradezu das Gegentheil bekundet, daher sei auch bei ihm auf Freisprechung erkannt.

Was nun die Abmessung des Strafmaßes anbetreffe, so habe Holz zwar leichtfertig gehandelt, habe aber gehofft, das Geld erlegen zu können. Es komme ferner in Betracht, daß er vom Rentenstandpunkte aus geglaubt habe, weil er zu neuem Zehnteln an der Genossenschaft theilhaftig sei, habe er ein gewisses Eigenthumsrecht an den Geldern. Er sei bis dahin noch unbescholten und bei seiner gesellschaftlichen Stellung treffe ihn eine Gefängnisstrafe sehr hart. Andererseits sei auch erwogen worden, daß es sich um ein bedeutendes Kapital gehandelt habe, und es sei deshalb auf 9 Monate erkannt worden.

Was Wehr anbetreffe, so hätte er in seiner Eigenschaft als höchster Beamter der Provinz mit ganz besonderer Vorsicht zu Werke gehen müssen. Andererseits sei seine ganz außergewöhnliche pekuniäre Nothlage in Betracht zu ziehen, bei der es wunderbar war, daß er noch mit der Energie und dem Fleiß sein Amt versehen konnte, welche die in der Verhandlung vernommenen Zeugen bei ihm betundet haben. Dazu komme noch, daß die lange Untersuchung sehr ungünstig auf seinen körperlichen Zustand eingewirkt habe, was bei der Höhe des Strafmaßes mit in Betracht gezogen werden mußte. Es sei deshalb bei ihm auf eine Gesamtsstrafe von einem Jahr Gefängnis erkannt worden.

Auf Antrag des Vertheidigers hob der Gerichtshof den gegen Dr. Wehr bestehenden Haftbefehl auf und setzte denselben vorläufig in Freiheit. Holz befand sich schon seit längerer Zeit in Freiheit.

Stettin, 19. November. Getreidemarkt.

Weizen niedriger, loco 185—190 Mk., do. per November 188,00 Mk., do. per November-Dezember 187,50 Mk.
Roggen niedriger, loco 176—178 Mk., do. per November 181,00 Mk., do. per November-Dezember 177,00 Mk.
Brommerger Hafer loco 130—136 Mk.

Samungarne, reine Wolle, nadelfertig,
ca. 140 Ctm. breit, à Mark 3.45 per Meter
bis 8.75 verenden direkt jedes beliebige Quantum das Buxkin-Fabrik - Depot Oettinger & Co., Frankfurt a. M.
Muster - Auswahl umgehend franco. (4223 a.)

Vermouth di Torino

a Mt. 1,90 pr. 1/2 Flasche
" " 1,—" 1/2 "

Marke Nr. 30 der Deutsch-Italien. Wein-Import-Gesellschaft (Central-Verwaltung) Frankfurt a. M., ist ein italien. Vermouthwein, welcher aus Trauben und Vermouthkraut hergestellt ist; derselbe befördert den Appetit ohne zu erhitzen und ist als diätetisches Mittel ganz besonders zu empfehlen; da durch künftl. Ital. Staatskontrolle Garantie für absolute Reinheit geboten ist. Ganz besonders wird darauf aufmerksam gemacht, daß dieser italienische Vermouthwein aus sehr gehaltvollem extraktreichen und garantirt reinem Wein hergestellt wird, und daher nicht wie bei vielen ähnlichen Fabrikaten, durch Zusaße die geringe Qualität des Weines verdeckt zu werden braucht. Die Verkaufsstellen werden durch Annoncen bekannt gegeben. 2718

Der Einfluß des Chinins auf den

Entzündungsvorgang. Nach Professor Cohnheim beruht der Entzündungsvorgang auf Auswanderung der verarbeiteten weißen Blutzellen aus den erweiterten Saargefäßen und Einwanderung derselben in die Gewebe.

Andererseits haben Professor Binz, Scharrenbroich, Martin und andere festgestellt, daß Chinin ein entzündungswirkendes Mittel ist. Die gewonnenen Resultate stellt Martin so zusammen:

1. Chinin hemmt die krankhafte Einwanderung der Blutzellen in das Gewebe. 2. Das Chinin vollbringt diese Wirkung a) durch Untergrabung der vitalen Eigenschaften der vorhandenen weißen Blutzellen, indem es b) auf die Vermehrung resp. auf die Bildung neuer weißen Zellen hinwirkt und einen hemmenden Einfluß auf die Gefäßerweiterung ausübt. 3. Das Chinin wirkt als Antiphlogistikum (entzündungswidriges Mittel), durch Verabfolgung aller sichtbaren Faktoren des Entzündungsvorganges.

Wie kommt es, daß sich die kranthafte Einwanderung der Blutzellen in das Gewebe. 2. Das Chinin vollbringt diese Wirkung a) durch Untergrabung der vitalen Eigenschaften der vorhandenen weißen Blutzellen, indem es b) auf die Vermehrung resp. auf die Bildung neuer weißen Zellen hinwirkt und einen hemmenden Einfluß auf die Gefäßerweiterung ausübt. 3. Das Chinin wirkt als Antiphlogistikum (entzündungswidriges Mittel), durch Verabfolgung aller sichtbaren Faktoren des Entzündungsvorganges.

Wie kommt es, daß sich die kranthafte Einwanderung der Blutzellen in das Gewebe. 2. Das Chinin vollbringt diese Wirkung a) durch Untergrabung der vitalen Eigenschaften der vorhandenen weißen Blutzellen, indem es b) auf die Vermehrung resp. auf die Bildung neuer weißen Zellen hinwirkt und einen hemmenden Einfluß auf die Gefäßerweiterung ausübt. 3. Das Chinin wirkt als Antiphlogistikum (entzündungswidriges Mittel), durch Verabfolgung aller sichtbaren Faktoren des Entzündungsvorganges.

**Prospecte gratis und franco.
Wiederverkäufer gesucht.**

